

CARE-ARBEIT VERGESELLSCHAFTEN

KOMMUNALPOLITISCHE
WERKZEUGKISTE
FÜR EINE »SORGENDE STADT«

Barbara Fried & Alex Wischnewski (Hrsg.)





IMPRESSUM

Diese Broschüre wurde von Barbara Fried, Hannah Eysel, Nilo Holdorff, Elisa Otzelberger, Fanni Stolz und Alex Wischnewski verfasst.

Das Kapitel »Ein Mapping Sorgender Kieze« haben Amelie Cassada, Franziska Hollweg und Hannah Müller vom Kollektiv Raumstation geschrieben. Es skizziert das von ihnen durchgeführte Mapping von Sorgestrukturen im Berliner Stadtteil Wedding.

Weitere Infos zum Thema Sorgende Städte finden sich hier: www.rosalux.de/sorgende-staedte

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Barbara Fried
Straße der Pariser Kommune 8A
10243 Berlin · www.rosalux.de
ISBN: 978-3-948250-87-4

Illustrationen: Saskia Hirtz, Instagram: [saaask_](https://www.instagram.com/saaask_)
Redaktion: Barbara Fried & Alex Wischnewski
Lektorat: Text-Arbeit, Berlin
Grafik und Satz: Matthies Weber & Schnegg,
www.matthies-weber-schnegg.com
Herstellung: MediaService GmbH Druck
und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100 % Recycling.

Die Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfpurposes verwendet werden.

KOLLEKTIV RAUMSTATION

Die Raumstation ist seit 2016 als Kollektiv auch in Berlin aktiv. Aus einem stadtpolitisch interessierten Freund*innenkreis heraus entstand der Wunsch, sich gemeinsam mit anderen Menschen aktiv in die Diskurse für eine »Stadt von unten« einzumischen. Wir erstellen Karten mit Anwohner*innen, um lokales Wissen zu bündeln und es zum Ausgangspunkt von Veränderungen zu machen; wir gestalten Workshops, Ausstellungen und Spaziergänge zu verborgenen Geschichten unserer alltäglichen Umgebung; wir bringen Menschen zusammen, um Netzwerke für eine Stadt für alle zu stärken. Wir verstehen uns als feministisches, selbstorganisiertes und basisdemokratisches Kollektiv, das zwischen den Disziplinen agiert.

www.raumstation.org



INHALT

2

EINLEITUNG

10

**»SORGENDE STÄDTE«
– BAUSTEINE EINES KONZEPTS**

22

**INSPIRATIONEN UND
EINSTIEGSPROJEKTE
AUS SPANIEN**

44

**EIN MAPPING »SORGENDER KIEZE«
AM BEISPIEL DES LEOPOLDPLATZES
IN BERLIN-WEDDING**

80

**AUSBLICK: PRAKTISCHE SCHRITTE
AUF DEM WEG ZU EINER
SORGENDEN STADT**

EINLEITUNG



WAS IST EINE »SORGENDE STADT«?

In einer »Sorgenden Stadt« stehen die Alltagsbedürfnisse aller ihrer Bewohner*innen im Zentrum: Es gibt Polykliniken, in denen alle medizinisch gut versorgt werden. In jedem Wohnviertel gibt es ein Sorgezentrum, das ohne bürokratische Hindernisläufe professionelle Hilfe vermittelt, bei Kinderbetreuung, Assistenz oder ambulanter Pflege. Ein solches Zentrum bietet auch Raum für Selbstorganisation und geteilte Sorgearbeit in Eltern- und Unterstützungsgruppen oder in Gemeinschaftsküchen. Zu einer »Sorgenden Stadt« gehört außerdem ein kostenfreier Nahverkehr, der klimagerecht ist und auch in den Randbezirken regelmäßig fährt. Die Straßen und Parks sind so angelegt, dass Frauen und queere Menschen nachts weniger Angst haben müssen. Die sozialen Angebote der Stadt gehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ein und sind gerade für vulnerable Gruppen ohne Hürden zugänglich, der

Aufenthaltsstatus der Nutzer*innen ist egal. Auch die Beschäftigten in diesen Sektoren können sich auf gute Arbeitsbedingungen verlassen. Und in einer »Sorgenden Stadt« finden alle eine bezahlbare Wohnung. Zusammen beraten und entscheiden die Nachbar*innen demokratisch über die genaue Ausgestaltung der Angebote in unterschiedlichen Gremien und Rätestrukturen, sodass jede »Sorgende Stadt« zwar anders aussieht, Teilhabe und Mitbestimmung aber immer garantiert sind.

Eine solche Vorstellung wirkt heute auf uns völlig utopisch – und das ist sie auch! Wenn wir uns umschauen, sehen wir eher von Autos überflutete Straßen und vollgestopfte Busse, die nicht einmal Platz für einen Kinderwagen lassen und die den Weg zur Kita am anderen Ende der Stadt zum reinen Stress ausarten lassen. Außerdem sehen wir häufig nur die eigenen vier Wände, weil wir neben einem langen Arbeitstag neben Kochen,

Aufräumen und Putzen noch die Pflege von Angehörigen oder Freund*innen übernehmen, die zu früh aus den Krankenhäusern entlassen wurden oder für die wir uns keinen Platz im Pflegeheim leisten können. Die eigenen vier Wände werden aber immer unsicherer, weil der neue Eigentümer lieber neu vermieten möchte, um noch mehr Geld verlangen zu können. Wir nehmen im Alltag wahr, dass da etwas nicht stimmt und dass die Arbeitsbelastung und Unsicherheit nicht gerecht sind. Aber abends sind wir einfach nur so müde, dass wir nur noch auf das Sofa wollen, anstatt uns politisch einzubringen.

Eine »Sorgende Stadt« kann vor diesem Hintergrund nicht einfach gefordert, beschlossen und umgesetzt werden. Aber sie ist ein konkretes Bild für eine feministisch-sozialistische Zukunft und kann als Kompass für den schrittweisen Umbau der Sorgeverhältnisse dienen. Das bedeutet, dass Forderungen und Projekte darauf hin geprüft werden, ob sie uns einer gerechteren Organisation von Sorgearbeit näherbringen. Etwa, weil sie überhaupt wieder ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es nicht so bleiben muss, wie es ist. Oder weil neue Infrastrukturen uns mehr Zeit und Energie verschaffen, um nächste Schritte überhaupt gehen zu können. Oder aber, weil bestimmte Angebote und Aktivitäten Nachbarschaften

stärker zusammenbringen, deren gemeinsame Kraft benötigt wird, um Forderungen durchzusetzen. Es geht also darum, Einstiegsprojekte in eine sozial-ökologische Transformation, in einen grundlegenden Umbau der Gesellschaft zu entwickeln. In Anlehnung an Rosa Luxemburg wird dafür oft der Begriff der »revolutionären Realpolitik« verwendet.

Und das Beste ist: Es gibt heute schon Ansätze, von denen wir vieles lernen können. Praktische Beispiele stammen vor allem aus den municipalistischen Bewegungen im spanischen Staat, die in der Folge von sozialen und feministischen Mobilisierungen im Jahr 2015 die Rathäuser mehrerer Städte eroberten. Das Ziel des Munizipalismus ist es, den radikaldemokratischen Anspruch, dass Entscheidungen von den Vielen getroffen werden sollten und Gesellschaft kollektiv zu organisieren ist, in die Institutionen zu tragen. In diesem Sinne steht das Konzept der »Sorgenden Städte« für eine Demokratisierung oder auch Vergesellschaftung von Sorgearbeit; zwei Begriffe, die in den spanischen Debatten oft im Zusammenhang verwendet werden, denn bei der Vergesellschaftung geht es nicht lediglich um eine Verstaatlichung, sondern um eine demokratische Verfügung aller über die relevanten gesellschaftlichen Güter. Konkret ging es den municipalistischen Parteien und Bewegungen darum, das privatwirtschaftliche Profitstreben

in diesem Feld zurückzudrängen und eine Umverteilung hin zu öffentlichen und teilhabeorientierten Infrastrukturen zu fördern. Nur so kann die Überforderung in Familien und Privathaushalten überwunden und die Sorge umeinander wieder als Glück empfunden werden.

WANN, WENN NICHT JETZT?

Die »Sorgende Stadt« ist gleichwohl nicht nur eine schöne Idee aus einem anderen Kontext, sondern die Zeit ist auch hier bereit dafür. Denn die Forderung nach einer Vergesellschaftung von Sorgearbeit bietet sich als Bündelung und Zuspitzung verschiedener Debatten und Mobilisierungen der letzten Jahre geradezu an:

Durch die Kampagne für eine Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen in Berlin erlangte dieses urlinke Konzept auch in Deutschland größere Aufmerksamkeit. In einem Referendum stimmten im September 2021 fast 60 Prozent der Wahlbeteiligten diesem Anliegen zu. Außerdem gibt es eine wachsende Zahl an Kämpfen für eine andere Organisation von Sorgearbeit. Sie reichen von den Tarifikämpfen im Sozial- und Erziehungsdienst und in Krankenhäusern über selbstorganisierte Kitas, Pflegegenossenschaften und Care-Communities bis hin

zu zivilgesellschaftlichen Bündnissen wie dem Netzwerk Care Revolution. Sie umfassen die Selbstorganisation geflüchteter Menschen und Kämpfe für eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung von Trans*Personen genauso wie Bewegungen gegen den Ausverkauf der Städte und für öffentliche Infrastrukturen. Auch die feministische Streikbewegung hat mit ihrer Forderung, »das Leben ins Zentrum zu stellen«, nicht nur international, sondern auch in Deutschland wichtige Impulse gegeben. Hierzulande fehlt es der Bewegung allerdings noch an einem konkreten Projekt, um ein solch umfassendes Programm in gangbare Schritte umzuwandeln. Genau das kann und will die Idee der »Sorgenden Städte« sein. Mit ihr würde sowohl eine intersektionale Perspektive in die aktuellen Vergesellschaftungsdebatten und Anti-Privatisierungskämpfe einziehen als auch ein klassenpolitischer Feminismus praktische Gestalt annehmen. Care kann ein Hebel gesellschaftlicher Transformation sein, der direkt im Alltag der Menschen ansetzt und daher für viele anknüpfungsfähig ist. Die Art, wie Sorgearbeit organisiert ist, ist außerdem eine zentrale Herrschaftsachse im patriarchalen Kapitalismus, entlang der die Klasse gespalten ist und die eine linke Befreiungsbewegung unbedingt adressieren muss. Der strategische Vorschlag ist, sich auf einige Einstiegsprojekte zu fokussieren, die den Weg zu

immer tiefer gehenden Veränderungen ermöglichen. Das heißt selbstverständlich nicht, dass ein Thema wichtiger ist als das andere. Es geht vielmehr um die Frage, wie wir gemeinsam die Ausgangsbedingungen für weitere und immer weitreichendere Kämpfe verbessern können. Genau darin liegt das Transformatorische: in einem Umbau in kleinen und größeren Schritten, der aber niemals aus den Augen verliert, dass es darum geht, die grundlegende kapitalistische Struktur zu überwinden. Nur wenn wir all diese Kräfte bündeln, kann es gelingen, die ausbeuterische und auf Erschöpfung basierende Logik der derzeitigen Organisation von Care-Arbeit in einer profitorientierten Ökonomie umzukehren.

Vor diesem Hintergrund ist in den vergangenen Jahren auch im deutschsprachigen Raum eine Debatte um »Sorgende Städte« und mögliche Einstiegsprojekte aufgekommen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat einige internationale Beispiele und Materialien gesammelt, die auf der Website »Sorgende Städte« zu finden sind.¹ Im Januar 2023 fand unter dem Titel »Kommunale Strategien für feministisches Vergesellschaften« in Bremen eine internationale Kon-

ferenz mit reger Beteiligung statt.² Die Partei Die Linke hat Vorschläge für eine Rekommunalisierung und ein Profitverbot in der Altenpflege gemacht und der Berliner Landesvorstand hat gefordert, leerfallende Shoppingmalls zu Sorgezentren umzubauen.³ Aber auch andere Akteure und Institutionen greifen das Thema auf, so etwa das Theater Hebbel am Ufer (HAU),⁴ die Konferenz »(re)searching urbanity«⁵, zwei Panel beim »Deutschen Kongress für Geographie«⁶ 2023 in Frankfurt am Main oder die Vergesellschaftungskonferenz „let’s Socialize“⁷ im März 2024. In Berlin hat sich ein Bündnis gegründet, das dafür streitet, das leer stehende Park-Center in Treptow in ein Sorgezentrum umzuwandeln (vgl. S. 81). Und in vielen größeren und kleineren Städte gibt es Debatten darüber, wie eine feministische Kommunalpolitik aussehen

1 <https://www.rosalux.de/sorgende-staedte> und <https://sorgende-staedte.org>

2 Einige der Diskussionen wurden aufgezeichnet und lassen sich hier angucken: <https://www.rosalux.de/dokumentation/id/49987/sorgende-staedte-2>

3 <https://dielinke.berlin/partei/parteitag/beschluesse-1/det/leergefallene-shoppingcenter-zu-sorgezentren-umbauen-die-linke-berlin-kaempft-fuer-eine-sorgende-stadt-antikapitalistisch-feministisch-und-ein-berlin-fuer-alle/>

4 <https://www.hebbel-am-ufer.de/programm/pdetail/rita-segato-sorgende-st%C3%A4dte>

5 <https://researchingurbanity.org/Program-2023>

6 <https://dkg2023.de/papers/sorgende-nachbarschaften-und-sorgende-st%C3%A4dte-89540> ; <https://dkg2023.de/papers/sorgearbeit-vergesellschaften-anforderungen-an-unterst%C3%BCtzungsstrukturen-88429>

7 <https://vergesellschaftungskonferenz.de/care/>

kann, darunter Jena,⁸ Leipzig, Halle,⁹ Dresden¹⁰ und Stuttgart. Und davon wird es in Zukunft noch viel mehr geben.

ABER WIE UND WO ANFANGEN?

Betrachten wir bereits bestehende Projekte, so fällt eines auf: Sie alle begannen mit einem Mapping, mit einer Bestandsaufnahme der konkreten Sorgepraktiken und Sorgeinfrastrukturen, die es schon gibt. Das ist auch irgendwie logisch, denn im Sinne eines feministischen, municipalistischen Ansatzes gilt es, an bestehende Infrastrukturen und Angebote anzuknüpfen und sich gemeinsam mit den Menschen vor Ort auf den Weg hin zu einer »Sorgenden Stadt« zu begeben. Es geht also auch um Organisierung. Auch in Deutschland gibt es schon erste Beispiele für solche Mappings, wie etwa vom Kollektiv Raumstation zu sorgenden Institutionen rund um den Leopoldplatz in Berlin-Wedding.

Ziel eines solchen Mappings ist es, die Sichtbarkeit von Sorgearbeit zu erhöhen, die Rahmenbedingungen institutionalisierter Care-Arbeit zu beleuchten und daraus politische Forderungen

abzuleiten. Ein Mapping ist damit mehr als eine spannende Studie. Es ist der Versuch einer partizipativen Bestandsaufnahme von unten, geleitet aus einer feministischen Haltung und dem Anspruch auf gesellschaftliche Transformation. Es ist eine Herangehensweise, die vor allem eins in den Vordergrund stellt: Die Sorgenden und diejenigen, die auf Sorge angewiesen sind, müssen unbedingt einbezogen werden, wenn es darum geht, was für ihren Stadtteil gebraucht wird, damit ein Netzwerk der Sorge entstehen kann, damit Bedarfe abgedeckt und angemessene Rahmenbedingungen für ihre Arbeit geschaffen werden. In dieser Hinsicht kann ein Mapping der erste Schritt zum Aufbau starker Care-Beziehungen in einer »Sorgenden Stadt« sein.

Mit der Broschüre wollen wir all die genannten Dynamiken weiter vorantreiben, sie soll eine theoretische und praktische Werkzeugkiste sein. Sie richtet sich an feministische Aktivist*innen, die in ihrer Stadt mit Nachbar*innen ins Gespräch kommen wollen, an Care-Beschäftigte, die die gesellschaftspolitischen Dimensionen ihrer Arbeitskämpfe hervorheben wollen, an Stadtpolitiker*innen, die in den Parlamenten und Verwaltungen etwas umsetzen wollen, und an alle, die nicht länger auf die feministische Revolution warten möchten, sondern heute damit anfangen wollen.

8 <https://femstreikenjena.noblogs.org/termine-2/>

9 <https://care-revolution.org/aktuelles/bericht-vom-buergerinnenforum-sorgende-kommune-in-halle/>

10 https://sachsen.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/T64X8/sorgende-staedte

In diesem Sinne führen wir in einem ersten Teil in die zentralen Elemente des Konzepts der »Sorgenden Stadt« ein: nämlich die Sorge und die Stadt als Handlungsraum. Warum spielen sie in vielen feministischen und linken Debatten und Aktionen eine so wichtige Rolle und warum birgt gerade ihre Verbindung ein großes Potenzial?

In einem zweiten Teil wollen wir uns Inspirationen holen, insbesondere aus den spanischen Erfahrungen. Denn »Sorgende Städte« sind nicht nur ein Konzept, sondern in einigen Teilen Spaniens schon mit ganz konkreten Vorschlägen praktisch gemacht (S. 22).

Im dritten Teil schildert das Kollektiv Raumstation seine Herangehensweise an das Mapping: die Recherchemethoden, die Analyse und wie das gesammelte Wissen performativ zurück in den öffentlichen Raum getragen wurde (S. 44). Im Anschluss daran sind die Leser*innen dazu eingeladen, die porträtierten Sorgeinstitutionen kennenzulernen (S. 54).

Abschließend geben wir einen Ausblick auf den Weg zum »Sorgenden Kiez« und stellen die Kampagne »Shoppingmalls zu Sorgezentren« vor (S. 80).







»SORGENDE STÄDTE« – BAUSTEINE DES KONZEPTS

DIE ARBEIT, DIE ALLES ANDERE ERST MÖGLICH MACHT...

Vom Anfang bis zum Ende unseres Lebens dreht sich alles darum, wie wir für uns selbst und andere sorgen – oftmals ohne dass uns das wirklich bewusst ist. Wir alle müssen täglich essen und wollen in einer sauberen, liebevollen Umgebung wohnen. Unsere Kinder wollen betreut und beim Aufwachsen unterstützt werden. Wenn wir krank sind oder alt, wollen wir behandelt und versorgt werden. Ohne die emotionale Arbeit in sozialen Beziehungen, Freundschaften und Familien können wir nicht leben. Dass all diese Formen von Sorge, die uns jeden Tag zu Hause, in der Kita, der Schule, dem Krankenhaus oder dem Gemeindezentrum begegnen, sehr viel Arbeit bedeuten, sehen wir häufig gar nicht.

Die verschiedenen Tätigkeiten, die unser Zusammenleben erst ermöglichen, fasst man unter dem Begriff Sorgearbeit zusammen. Diese Sorgearbeit – ob unbezahlt zu Hause oder (schlecht) bezahlt in

sozialen und privaten Einrichtungen – ist essenziell für den Erhalt unseres Lebens. Sie ist unverzichtbar dafür, dass Kinder gut großwerden, Ältere in Würde leben können und dafür, dass Menschen überhaupt zur Arbeit gehen können. Marxistische Feminist*innen nennen die Sorgearbeit deshalb auch Reproduktionsarbeit, weil sie nicht nur für unser Wohlbefinden wichtig ist, sondern im Kapitalismus außerdem die Funktion erfüllt, die menschliche Arbeitskraft tagtäglich wiederherzustellen. Daran wird der Zusammenhang von Care-Verhältnissen und Produktionsverhältnissen und dem ökonomischen System als Ganzem deutlich. Ohne diese Reproduktionsarbeit würde die kapitalistische Wirtschaft nicht funktionieren. Ein Ausruf des internationalen feministischen Streiks war deshalb: »Wenn wir streiken, steht die Welt still.« Das allgemein vorherrschende Verständnis von Wirtschaft vermittelt jedoch den gegenteiligen Eindruck, nämlich dass Sorgearbeit keinen relevanten

ökonomischen Beitrag leistet, gar »aus Liebe« getan wird. Tatsächlich wird sie in unserer Gesellschaft aber ohne Gegenleistung vom Kapital massenhaft angeeignet. Das ist nur möglich, indem sie als weniger bedeutsam und weniger wert dargestellt wird – und als eine Art »natürliche Leidenschaft« von Frauen.

... UND DENNOCH KAUM ANERKENNUNG ERFÄHRT

In der bezahlten Sorgearbeit übersetzt sich diese Abwertung in schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne. Die Arbeit wird stark verdichtet und steht ständig unter Zeitdruck, weil die tatsächlich notwendigen Aufwendungen für Sorgetätigkeiten nicht anerkannt werden. Dabei liegt hier die besondere Qualität von Care. Denn anders als in der Güterproduktion, wo die technischen Möglichkeiten über die Jahrhunderte eine immer effektivere Fertigung ermöglichen, kann ein Kind heute nicht schneller großgezogen, einer sterbenden Person nicht effizienter die Hand gehalten werden. Die Logiken von Effizienz, Profitmaximierung und Kostenreduktion passen nicht zu sorgenden Tätigkeiten. Dennoch schlagen sie auch im Care-Bereich durch. Da sich die Produktivität hier aber nur bedingt steigern lässt (etwa durch weniger Zeit pro Patient*in), wird von vielen Politi-

ker*innen gesagt, soziale Dienstleistungen seien – im Verhältnis zur Güterproduktion – »zu teuer«. Das verursacht einen immer stärkeren Druck auf die Löhne.

Diese Trennung und Hierarchisierung unterschiedlicher Tätigkeiten werden durch eine geschlechtliche Komponente unterstützt. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass sich Personen finden, die diese unbezahlte Arbeit einfach übernehmen. Das liebevolle »Sich-Kümmern« wird im patriarchalen Kapitalismus als Ausdruck der »weiblichen Natur« angesehen und damit die Sorgearbeit vorwiegend Frauen zugeschoben. Marxistische Feministinnen bezeichnen dies als »geschlechtliche Arbeitsteilung«. Dadurch, dass verschiedene Tätigkeiten an verschiedene Menschengruppen delegiert werden – nämlich an Männer und Frauen –, produziert und reproduziert diese unfaire Arbeitsteilung erst das hierarchische, binäre und heteronormative Geschlechterverständnis. Eine »weibliche Natur« wird so in der alltäglichen Praxis erst mit erschaffen, eine »männliche« als Abgrenzung davon aber eben auch.¹

1 Es ist uns wichtig zu betonen, dass Sorgearbeit als »Frauenarbeit« organisiert ist, nicht, weil wir die Gewalt binärer Geschlechterrollen für irrelevant halten, sondern weil wir damit auch eine Kritik an den herrschenden Geschlechterverhältnissen formulieren wollen. Care als »Frauenarbeit« zu charakterisieren, heißt selbstverständlich weder, dass nur weibliche Menschen tatsächlich Care-Arbeit leisten, noch, dass diese Arbeit weiblichen Menschen eher »entspricht«.

Diese Art der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung hat sich mit dem Entstehen des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet. In Ländern des globalen Nordens dominierte lange das bürgerliche Ideal der Kernfamilie mit einem männlichen »Familienernährer« und einer »weiblichen Hausfrau« den öffentlichen Diskurs. Für die Mehrheit der Arbeiter*innen, für Frauen in den realsozialistischen Ländern und für die allermeisten Frauen weltweit hatte dies jedoch nie viel mit ihrer Realität zu tun. Die (bürgerliche) Frauenbewegung hat in den westlichen Industrieländern ab den 1970er Jahren für eine stärkere Erwerbsintegration von Frauen als Grundlage von Teilhabe und ökonomischer Unabhängigkeit gestritten. Mit dem Beginn neoliberaler Reformen stieg zeitgleich auch der Druck auf Frauen, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Zuvor hatten soziale Kämpfe erreicht, dass Sorgearbeiten auch als Berufe anerkannt wurden. Öffentliche Sorgeeinrichtungen wie Kindertagesstätten oder Altersheime wurden immer wichtiger, um die weibliche Berufstätigkeit zu ermöglichen. Die generelle

Abwertung von Sorge als »weibliche« Arbeit setzte sich jedoch fort. Die berufliche Sorgearbeit von Erzieher*innen, Pfleger*innen oder Reinigungskräften in typischen »Frauenberufen« erfährt wenig Anerkennung, was häufig als Rechtfertigung der schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen dient. Durch diese Naturalisierung waren Arbeitskämpfe in diesen Branchen lange schwerer zu organisieren. Die Beschäftigten identifizieren sich häufig mit der Sorge um andere und das Wohl der Sorgeempfangenden kann vom Arbeitgeber gegen die Interessen der Beschäftigten ausgespielt werden. Das erschwert die Ausgangsbedingungen für Arbeitskämpfe im Sorgebereich. In den letzten zehn Jahren hat sich die Mobilisierungskraft von Streikbewegungen auf diesem Feld jedoch deutlich verändert. Die Pflegekräfte am Berliner Universitätskrankenhaus Charité haben hier große Erfolge erzielt und eine Art sorgepolitischer Zeitenwende eingeläutet.²

Im Gegenteil: Unser Anliegen ist es, darauf hinzuweisen, dass eine grundlegende Neuorganisation von Sorgearbeit auch eine wesentliche Bedingung für ein anderes Geschlechterregime ist, das Menschen nicht auf ein soziales Geschlecht festlegt, verschiedene Geschlechter anerkennt und diese nicht hierarchisch anordnet oder so unterschiedlich mit gesellschaftlichen Machtressourcen ausstattet.

2 Vgl. u.a. Wolf, Luigi: «Mehr von uns ist besser für alle!». Die Streiks an der Berliner Charité und ihre Bedeutung für die Aufwertung von Care-Arbeit, in: Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hrsg.): Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017, S. 23-32.

SORGE IN DER KRISE

Einer der Gründe für die neuen Sorgeskämpfe ist, dass sich die grundlegende Abwertung von Sorgearbeit durch die kapitalistische Dynamik, immer noch mehr und noch mehr Profit herauszuholen zu wollen, weiter zuspitzt. Die Arbeitsbedingungen werden durch Einsparungen an Personal, Zeit und auch Arbeitsmitteln immer schlechter. In Krankenhäusern steht nicht das Wohl der Patient*innen an erster Stelle, sondern Wirtschaftlichkeit, sodass oftmals keine ausreichende Patientenversorgung mehr stattfinden kann. Die Löhne sind im Verhältnis zur Arbeitsleistung und den prekären Arbeitsbedingungen nicht angemessen. Folglich wollen und können immer weniger Menschen in diesen Berufen arbeiten. Ähnlich sieht es in den Sozial- und Erziehungsdiensten aus: Die Ansprüche an die pädagogische Arbeit wachsen, der erhöhte Bedarf an Betreuungszeiten bei gleichzeitigem Personalmangel führt zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung und zu Stress. In der Folge erleiden viele Beschäftigte Erschöpfungszustände, Burn-outs und Depressionen. Gleichzeitig werden die Angebote selbst immer teurer und weniger zugänglich. Auf diese Weise wird Sorgearbeit einmal mehr in die privaten Haushalte abgeschoben und setzt diese enorm unter Druck. Vor allem Frauen

erleben den gesellschaftlichen Anspruch, Lohnarbeit, Haushalt und Kinderbetreuung zu vereinen, als Zerreißprobe. Bei alledem, was in Beruf und Alltag zu stemmen ist, bleibt kaum noch Zeit und Energie für sich selbst, für Freundschaften, soziale Beziehungen oder politische Arbeit. Stattdessen ziehen sich viele Menschen immer weiter ins Private zurück. Es findet also eine doppelte Privatisierung von Sorgearbeit statt: in der Gestalt von Marktförmigkeit und weil die Verantwortung für die Organisation von Sorge weiter den Einzelnen überlassen wird. Manche können die Lücken in der öffentlichen Infrastruktur stopfen, indem Babysitting, Reinigungsdienste oder 24-Stunden-Pflege formell oder informell und häufig zu sehr schlechten Bedingungen eingekauft werden. So ist zum Beispiel ein großer informeller und staatlich geduldeter Beschäftigungsbereich für häusliche Pflegekräfte entstanden, die aus Ländern des globalen Südens und Osteuropa kommen und oft prekär in halb- oder nicht legalen Verhältnissen arbeiten. Weil wir hier unsere Sorgelücken von Menschen aus anderen Teilen der Welt stopfen lassen, spricht man von »globalen Sorgeketten«.³ Anhand dieser Entwicklung wird besonders deutlich, wie Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht, Klasse und *race* bei der

³ Der Begriff wurde von der US-amerikanischen Soziologin Arlie Hochschild geprägt.

Sorgearbeit zusammenkommen. Diese sich zuspitzenden Entwicklungen in der professionellen und häuslichen Sorgearbeit bezeichnen Feminist*innen als »Krise der Reproduktion«. Sie ist nicht böser Wille oder lediglich Ergebnis einer falschen Politik – sie ergibt sich aus der Art und Weise, wie Sorge im Kapitalismus organisiert ist.

VER- GESELLSCHAFTEN JETZT!

Weil die Krise also System hat, kann sie auch nur durch eine grundlegend andere Organisation von Sorgearbeit überwunden werden. Es reicht nicht, wie oft argumentiert wird, Care-Tätigkeiten zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen oder professionelle Sorgearbeit auszuweiten und besser zu entlohnen. Beides ist essenziell, wird sich aber nur realisieren lassen, wenn die kapitalistische Logik insgesamt auf den Kopf gestellt wird. Es geht darum, die soziale Reproduktion ins Zentrum zu rücken und Gesellschaft entsprechend umzubauen. Auch die Produktion müsste sich dann danach ausrichten, was für ein gutes und nachhaltiges Leben eigentlich gebraucht wird. In anderen Worten: Care-Arbeit muss vergesellschaftet werden!

Ein solcher Umbau lässt sich nicht einfach beschließen, sondern muss von vielen gemeinsam erstritten werden – und zwar gegen die Krankenhausbetreiber, die trotz prekärer Lage ihre Renditen auf Kosten der Beschäftigten machen, und gegen die Kapitaleigner, die aus Profitgier in Altenpflegeheime und Medizinische Versorgungszentren investieren; gegen die Ampelregierung, die nichts unternimmt, um das Zweiklassensystem in der Pflege- und Gesundheitsversorgung abzuschaffen, und die mit dem »Selbstbestimmungsgesetz« zwar einen richtigen Schritt geht, aber Trans*Personen weiterhin diskriminiert. Und gegen ein rassistisches Regime globaler Arbeitsteilung, das Menschen als 24-Stunden-Pflegekräfte in teils gewaltvolle Arbeitssituationen bringt. Also gegen all jene, die von der ungerechten Verteilung von Sorgearbeit tendenziell profitieren. Das ist nicht einfach, aber an vielen Stellen finden diese Kämpfe bereits statt. Und gerade weil im Care-Bereich für ein gemeinsames Anliegen gestreikt wird, erfahren betriebliche Auseinandersetzungen in Krankenhäusern und Kitas in den letzten Jahren viel Unterstützung, nicht zuletzt von feministischen Bewegungen, und gewinnen damit eine enorme Dynamik. Unter dem Slogan »Streiken fürs Gemeinwohl« finden gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Kämpfe zusammen. Auch deshalb liegt im Feld der Sorgearbeit ein wichtiger Hebel für eine andere Organisation von Sorgearbeit

und eine sozialökologische Transformation. Vergesellschaftung zielt prinzipiell darauf ab, wichtige gesellschaftliche Sektoren gemeinwirtschaftlich zu organisieren und die Eigentumsordnung als ein zentrales Moment von kapitalistischer Herrschaft umzuwälzen. Im Fall der Sorgearbeit bedeutet das, etwa das Privateigentum an Krankenhäusern und die marktförmige Organisation von Altenpflege, Kinderbetreuung oder haushaltsnahen Dienstleistungen aufzuheben. Diese Bereiche gehören in öffentliche Hand und gemeinwohlorientierte Trägerschaft. Ein Eigentumswechsel von privat zu öffentlich wäre daher ein erster wichtiger Schritt, aber Vergesellschaftung meint nicht allein »Verstaatlichung«. Vielmehr geht es – jenseits der Eigentumsfrage – um die Frage der gesellschaftlichen Verfügung der Vielen über die Bedingungen sozialer Reproduktion. Konkret heißt das: Wer entscheidet eigentlich darüber, welche Care-Angebote wie gestaltet sein sollen und wo oder für wen sie geschaffen werden? All das setzt voraus, dass der tatsächliche gesellschaftliche Bedarf ermittelt wird – zum Beispiel in Form einer demokratischen Planung unter Beteiligung aller, die davon betroffen sind. Und es setzt voraus, dass dabei die sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen Berücksichtigung finden – statt Angebote zu machen, mit denen eine

Normierung von Lebensstilen einhergeht, wie etwa in der aktuellen Familienpolitik. Vergesellschaftung und Demokratisierung sind also Konzepte, die eng miteinander verknüpft sind.

Bei Sorgearbeit steht eine doppelte Entprivatisierung auf der Agenda: Der Eigentumswechsel von privat zu öffentlich/ gemeinschaftlich ist die eine Seite. Die Vergesellschaftung von Sorge muss diese aber außerdem aus dem privaten Raum der Haushalte und der privaten Zuständigkeit der Einzelnen herausholen. Der Sorgebereich muss also auch in diesem Sinne umfassend in gesellschaftliche Verantwortung genommen werden. Care-Tätigkeiten können nicht länger Frauen (unentlohnt und im Privaten) überantwortet werden, da ihnen das häufig (ökonomische) Selbstständigkeit und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten nimmt. Das Zuhause muss integraler Bestandteil eines vielfältigen sozialen Gefüges – eines Care-Netztes – werden, zu dem ebenso stationäre und ambulante Dienste gehören, Anlaufstellen und aufsuchende Angebote sowie städtische Institutionen, Nachbar*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Organisationen. Nur so wird auch das Zuhause zu einem gesellschaftlichen Ort. Um Schritte in diese Richtung zu gehen, ist es notwendig, die geschlechtliche Arbeitsteilung hinter sich zu lassen, die – wie oben dargestellt – die binäre Anordnung von Geschlecht im alltäglichen Tun

produziert und reproduziert und damit eine zentrale Grundlage hierarchischer Geschlechterverhältnisse bildet.

Vergesellschaftung von Sorgearbeit bedeutet deshalb Initiativen auf verschiedenen Ebenen. Zunächst muss es darum gehen, profitorientierte private Care-Dienstleistungen zurückzudrängen und durch öffentliche oder gemeinwohlorientierte Dienste zu ersetzen. Diese müssen selbstverständlich mit den nötigen Ressourcen ausgestattet sein. Konkret heißt das, es braucht eine deutliche Ausweitung von Care-Angeboten. Eine Politik, die Defizite in den sozialen Infrastrukturen und der Daseinsvorsorge hofft, durch Marktakteure stoppen zu können, darf es nicht länger geben.

Zum anderen müssen etwa im Rahmen kommunaler Sozial- und Stadtpolitik Räume geschaffen werden, in denen neue und andere Formen des kollektiven Sorgens ermöglicht und ausprobiert werden, etwa indem Projekte von gemeinnützigen Organisationen getragen und mit öffentlichen Geldern finanziert werden – wie es in Deutschland beispielsweise im Kita-Bereich der Fall ist. Dabei muss gewährleistet sein, dass angesichts kaputtgesparter öffentlicher Haushalte die Selbstorganisation etwa von Eltern nicht lediglich Lücken stopft, sondern dass deren Initiativen mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden. Solche Angebote dürfen

auch nicht nur jenen Kindern und Eltern zur Verfügung stehen, die durch ihre beruflichen Tätigkeiten und Bildungsbiografien bereits eine hohe Affinität zu Selbstorganisation haben. Gerade Personen, die damit noch nicht in Berührung gekommen sind, sollten von der weiteren Gestaltung nicht ausgeschlossen werden. Indem ein solcher öffentlich-kommunitärer Ansatz die gesellschaftliche Selbstverwaltung und die Stärkung einer neuen Sozialstaatspolitik vereint, verfolgt er eine transformatorische Perspektive. Denn: Neue Strukturen und gesellschaftliche Organisationsweisen müssen hier und heute entwickelt und ausprobiert werden, auch wenn sie über die gegebene Gesellschaft hinausweisen sollen.

WARUM (NUR) IN DER STADT?

Das Konzept der »Sorgenden Stadt« legt erstmalig nahe, dass all das nicht nur in Städten erkämpft werden soll und nur dort Geltung hat. Aber was ist mit ländlichen Regionen, wo die Infrastrukturen noch prekärer sind, die Wege noch weiter und entsprechend die Überforderung oder auch Einsamkeit im Privaten noch größer? Müsste nicht auch dort etwas passieren?

Selbstverständlich! Die Sorgestrukturen müssen in allen Regionen verändert werden. Allerdings gelingt dies nicht,

indem irgendwo ein Schalter umgelegt wird. Wir haben es mit verfestigten Machtverhältnissen zu tun, die nur schrittweise verändert werden können und mühevoll umgebaut werden müssen. Um in solchen Prozessen nicht die Kraft zu verlieren, ist es wichtig, auch kleine Etappensiege anzupfeilen und Zwischenerfolge zu erringen. Diese machen einerseits Mut und öffnen andererseits politische Spielräume für weitere Schritte. Deshalb stellen sich folgende Fragen: Wo können solche Etappensiege errungen werden? Und wie können wir in einer Situation, in der emanzipatorische Kräfte fast überall in der Defensive sind, trotzdem kleine Schritte gehen? Wo lassen sich eher »Stärken stärken«, statt gegen Windmühlen zu kämpfen?

Städten kommt aus diesem Grund eine besondere Bedeutung zu: In der Stadt gibt es eine Vielzahl von Akteuren und Initiativen auf übersichtlichem Raum. In Großstädten – speziell Berlin und Hamburg, aber auch darüber hinaus – sind Kämpfe für eine Vergesellschaftung von Wohnraum bereits breit in der Diskussion. Daran lassen sich auch Strategien eines feministischen Vergesellschaftens anknüpfen.⁴ Zudem haben sich in der Kampagne »Solidarity Cities« bereits 2015 weltweit Städte zusammengeschlossen, um auf lokaler Ebene eine progressive Migrationspolitik voranzutreiben.

⁴ DWE: Feministisch Enteignen! Das Lila Buch (erscheint 2024).

RÄUMLICHE NÄHE IST HILFREICH

In der Stadt leben viele Menschen, die Teil solcher Projekte werden wollen und können, in großer räumlicher Nähe. Ganz praktisch sind Kämpfe in der Nachbarschaft besser zu organisieren, wenn wir uns im Alltag auch real begegnen können und nicht lange Strecken fahren müssen. Kurze Wege sind hilfreich, wenn wir dasselbe Nachbarschaftszentrum nutzen und verändern wollen, wenn es darum geht, die ambulante Pflege im Viertel besser zu organisieren und das Leben mit unseren Kindern im Wohnumfeld anders zu gestalten. In diesem Sinne bietet sich die Stadt als Terrain an – weil dort alles eng beisammen ist. Wenn wir über »Sorgende Städte« sprechen, sprechen wir also auch über lokale Allianzen, über kommunale Politik und über (selbst-)organisierte Nachbarschaften.

SORGE MUSS VOR ORT STATTFINDEN

Einige Ideen aus der Debatte um »Sorgende Städte« – wie etwa gemeinwohlorientierte Gesundheits- und Sorgezentren oder gemeinwohlorientierte Medizinische Versorgungszentren (MVZ) – können aber auch für ländliche Regionen eine Perspektive bieten. Denn in jedem Fall gilt: Gute Sorgestrukturen müssen vor Ort – idealerweise fußläufig oder mit einem gut ausgestatteten ÖPNV – verfügbar sein. Sorgestrukturen sind in besonderer Weise territorial verankert.

Kinder können nicht offshore in die Kita geschickt werden, längere Wege übers Land sind für viele eine große Belastung, Gleiches gilt für Pflegesituationen aller Art. Sorge aus privat-familiärer Zuständigkeit herauszunehmen, sie kollektiv oder gemeinwirtschaftlich zu organisieren, bedeutet keinesfalls Zentralisierung, sondern heißt, sie im räumlichen Umfeld zu belassen.

LINKE MEHRHEITEN SIND AUF KOMMUNALER EBENE EHER ZU ERRINGEN

Die Idee »Sorgender Städte« wurde im Kontext linker Politik im spanischen Staat entwickelt, wo erste Schritte in Richtung einer Vergesellschaftung von Sorge nur deshalb erfolgen konnten, weil es linken Wahlbündnissen an mehreren Orten gelungen ist, (zumindest temporär) die kommunalen Regierungen zu stellen. Eine Verankerung der municipalistischen Akteure in den stadt- und mietenpolitischen Bewegungen war für diese Wahlerfolge zentral (vgl. S. 23). Unter den gegenwärtigen Bedingungen sind solche linken Mehrheiten, wenn überhaupt, nur in städtischen Kontexten oder auf der kommunalen Ebene zu erreichen. Landes- oder erst recht Bundesparlamente sind derzeit fast überall für linke Kräfte verstellt.

INSTITUTIONEN LASSEN SICH AUF DER STADTEBENE EHER UMBAUEN

Außerdem besteht auf der kommunalen Ebene eher die Chance, den institutionellen Apparat nicht nur zu übernehmen, sondern ihn durch Praxen zu verändern, die die Form und Funktionsweise der Institution selbst infrage und auf die Probe stellen. Municipalistische Projekte greifen in die städtischen Prozesse und Apparate ein, versuchen diese umzubauen und demokratisch zu erneuern.

CARE- UND STADTBEWEGUNG: GEMEINSAM KÄMPFEN!

Schließlich war die Idee einer anderen Organisation von Sorgearbeit in Spanien eng mit Kämpfen um den städtischen Raum verschränkt, der immer mehr zum Terrain von Investoren wird und einer fortschreitenden Kapitalisierung anheimfällt. In dieser Gegnerschaft zur Aneignung und Inwertsetzung gemeinschaftlicher Ressourcen liegt ebenfalls eine enge Verknüpfung von Sorge und Stadt. Aber: Auch die kapitalistische Aneignung ländlicher Räume schreitet voran, die Infrastrukturen dort verdienen teils kaum noch den Namen. Sorgende Kommunen braucht es daher überall. Einstiegsprojekte müssen aber dort erstritten werden, wo die Bedingungen günstig(er) sind.

IN ALLER KÜRZE: BAUSTEINE EINER »SORGENDEN STADT«

Bevor wir die Einstiegsprojekte der spanischen Stadtregierungen genauer unter die Lupe nehmen und auf ihr transformatorisches Potenzial hin befragen, gibt es hier noch einmal wichtige Elemente des Konzepts im Überblick. Auf dem Weg zu einer »Sorgenden Stadt« wollen wir **SORGE-INFRASTRUKTUREN** ...

... NEU DENKEN

- ◆ Familien und Haushalte werden von ihrer hauptsächlichen Zuständigkeit für Sorgearbeit entlastet, diese gehört in **GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG**. Dafür müssen neue Strukturen entwickelt werden.
- ◆ Sorgearbeit muss im **NAHRAUM** geleistet und empfangen werden – in der Nachbarschaft hat auch die kollektive Neuorganisation von Sorge ihren Ort.
- ◆ Es müssen **RÄUME** für andere, gemeinsam zu entwickelnde **KOLLEKTIVE FORMEN DES SORGENS** geschaffen werden, die für alle zugänglich sind und keine »Subkultur« bleiben dürfen.
- ◆ Solche Räume gilt es **GEGEN INVESTOREN** und Immobilienkonzerne zu erkämpfen.

... AUSBAUEN

- ◆ **SCHAFFUNG ÖFFENTLICHER ODER GEMEINWOHLORIENTIERTER ANGEBOTE**, die finanziell abgesichert und bedarfsdeckend sind.
- ◆ Für alle sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturen gilt ein **PROFITVERBOT** – so werden private Anbieter zurückgedrängt.
- ◆ Wo Sorgearbeit professionell geleistet wird, findet sie unter guten Bedingungen statt und wird **ANGEMESSEN ENTLOHNT**.

... UMBAUEN

- ◆ Über die Ausgestaltung von Care-Infrastrukturen können Sorgende und Sorge-Empfangende mitbestimmen, es braucht eine umfassende **DEMOKRATISIERUNG**.
- ◆ **SELBSTORGANISIERUNG** und **EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN** sind integraler Teil öffentlicher und gemeinwohlorientierter Angebote, nicht deren Ersatz angesichts knapper Kassen.
- ◆ Sorgearbeit kann nur von allen zufriedenstellend geleistet werden, wenn die **ERWERBSARBEITSZEIT** bei vollem Lohnausgleich reduziert wird.
- ◆ Um all das zu ermöglichen, werden auch die **POLITISCHEN INSTITUTIONEN** und Verwaltungen umgebaut – wir brauchen eine **FEMINISIERUNG VON POLITIK**.



INSPIRATIONEN UND EINSTIEGSPROJEKTE AUS SPANIEN

In den linken Stadtregierungen im spanischen Staat wurden unter der Überschrift »Sorgende Städte« eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen und Einstiegsprojekten entwickelt, die auch hierzulande wertvolle Anstöße geben können. Selbstverständlich sind dies keine Blaupausen, nichts lässt sich einfach so kopieren. Die Ansätze können aber als Inspiration dienen, auch wenn sie jeweils lokal umgebaut, weitergedacht und mit Leben gefüllt werden müssen. Da es im Fall der spanischen Projekte jeweils um politische Praxen in einem dynamischen Umfeld geht, lohnt außerdem ein Blick auf genau diese lokalen und politischen Kontexte. Es ist bedeutsam, wie sie deren Grundsätze geprägt haben und wie die Lernerfahrungen und Konjunkturen auch zu Veränderungen in den Projekten geführt haben. Dabei soll es nicht darum gehen, Eigenheiten und Unterschiede zu unterstreichen, sondern darum, Gemeinsames zu erkennen und ein differenziertes Verständnis für Anschlussmöglichkeiten in Deutschland zu entwickeln.

FEMINISTISCH UND REBELLISCH REGIEREN

Als Einstieg in diese Erzählung lässt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 wählen, die im spanischen Staat zu tiefgreifenden sozialen Zerwürfnissen führte. Die Arbeitslosigkeit nahm ebenso rasant zu wie die Verschuldung der Privathaushalte und – in deren Folge – massenhafte Zwangsräumungen. Früh schon gründete sich die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH), um konkrete Abhilfe gegen diese Räumungen zu schaffen und die Rolle der Banken darin zu politisieren.

Auf der anderen Seite verschärfte die von der EU verordnete Austeritätspolitik die soziale Lage für die Mehrheit der Menschen, weil sie gerade an jenen finanziellen Hilfen und Infrastrukturen ansetzte, die ein soziales Netz bieten: beim Kindergeld sowie beim Gesundheits- und

Bildungssystem. Viele dieser Maßnahmen trafen insbesondere Frauen, die die größer werdenden Belastungen der Familien auffingen.¹ Die Proteste und Platzbesetzungen im ganzen Land, die ab 2011 unter dem Namen »15M« (15. Mai) bekannt wurden, problematisierten deshalb auch eine Krise der repräsentativen Demokratie, in der das Wohlergehen und die Interessen der Bevölkerung keine Rolle mehr spielen. Innerhalb dieser Aktionsforen spielten feministische Ansätze eine wichtige Rolle, da es auch darum ging, wer für wen kocht und abspült und damit die Camps überhaupt erst ermöglicht. Die Platzbesetzungen gingen schließlich über in regelmäßige Versammlungen in den Stadtteilen und Nachbarschaften, die – ebenso wie die PAH – einer »neuen Politik« entsprechen wollten, die auf inklusiver und kollektiver Willensbildung beruht und auf einer Praxis, die die Sorge umeinander beinhaltet. Da bei diesen Aushandlungsprozessen auch die Machtverhältnisse zwischen den Aktiven berücksichtigt werden, also ihre verschiedenen Möglichkeiten, an politischen Debatten teilzunehmen und ernst genommen zu

werden, und die Sorge umeinander Teil der Praxis ist, wird dieser Anspruch auch immer wieder als eine »Feminisierung« von Politik bezeichnet.²

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die 15M-Proteste auch die Keimzelle einer erneuerten und eigenständigen feministischen Bewegung darstellten, die im Laufe der folgenden Jahre stärker und sichtbarer wurde. 2014 verhinderten Frauen eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze, 2015 stießen Kampagnen und Demonstrationen eine gesellschaftliche Debatte über Gewalt gegen Frauen an, und auch die Proteste am 8. März erhielten kontinuierlich mehr Zulauf. Bei all dem stand die Frage nach einer neuen Organisation von Sorgearbeit stets auf der Agenda. Am landesweiten feministischen Streik am 8. März 2018 beteiligten sich schließlich über fünf Millionen Menschen.

Zum Verständnis ist es wichtig, die Verbindungen zu sehen, die diese autonome Bewegung über die Jahre hinweg mit jenen Strömungen entwickelte, die den Schritt in die politischen Institutionen gingen. In einem spannungsreichen

1 Campillo Posa, Inés: The Permanent Care Crisis and Its Effects on Gender Equality in Spain, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2018, <https://www.rosalux.de/en/publication/id/39021>

2 Roth, Laura/Zugasti, Irene/de Diego Baciero, Alejandra: Die Politik hier und heute feministischer machen! Diskussionen und Tools der kommunalistischen Bewegung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, 2020, <https://www.rosalux.eu/de/article/1810.die-politik-hier-und-heute-feministischer-machen.html>

Wechselverhältnis hielten sie nicht nur den kritischen Druck von der Straße aufrecht, sondern ebenso ihre gesellschaftliche Akzeptanz.

Auf nationaler Ebene ist damit die linke Partei Podemos gemeint, die sich Anfang 2014 gründete, um die Impulse aus der 15M-Bewegung in einen politischen Bruch zu übersetzen. Damit erreichten sie bei den im gleichen Jahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament aus dem Stand heraus 8 Prozent und bei den nationalen Wahlen ein Jahr später sogar 20 Prozent. Gleichzeitig entwickelten sich in den Städten verschiedene Bündnisse aus den sozialen Bewegungen um 15M, der PAH und nachbarschaftlichen Zusammenschlüssen, die mit Unterstützung von Podemos ab 2015 zu Wahlen antraten. Plattformen wie Barcelona en Comú, Ahora Madrid, Cádiz Si se Puede, Zaragoza en Común, Participa Sevilla oder Málaga Ahora hatten jeweils unterschiedliche Ausprägungen und Zielsetzungen, teilten jedoch zentrale politische Ansprüche eines neuen Munizipalismus. Ihnen ging es darum, eine basisdemokratische Kommunalpolitik zu entwerfen, an der sich tatsächlich mehr Menschen beteiligen und über gemeinschaftliche Güter entscheiden. Das setzte voraus, nicht nur in die bestehenden Institutionen hineinzugehen,

sondern diese grundlegend umzubauen und zu demokratisieren. In zahlreichen Städten – darunter Barcelona, Madrid, Saragossa, Valencia, Cádiz, Pamplona/Irunea und A Coruña – konnten sie gesellschaftliche Mehrheiten erringen und in die Rathäuser einziehen.

Die feministischen Forderungen übersetzten sich unter den linken Regierungen in das Konzept der »Sorgenden Stadt« und den Anspruch, Sorgearbeit ins Zentrum des politischen Handelns und Denkens zu rücken. Dies schlug sich etwa darin nieder, dass der Care-Bereich nicht länger verschiedenen Sozialverwaltungen oder Gleichstellungsbeauftragten als Spezialaufgabe übertragen wurde, sondern zusammengefasst und als integraler Bestandteil einer kommunalen Wirtschaftspolitik verstanden wurde. Das veränderte den Blick auf Sorgearbeit und hatte strukturelle Implikationen für administrative Zuständigkeiten. So wurde beispielsweise die Abteilung für Wirtschaft und Finanzen in der Stadtverwaltung von Barcelona dazu verpflichtet, nicht nur die erwerbsmäßige Erbringung von Sorgearbeit in den Blick zu nehmen, sondern auch Care-Tätigkeiten in den Familien und im informellen Sektor. Dies stellte sich einer Politik entgegen, die Sorgearbeit als Privatangelegenheit oder lediglich als Aspekt einer paternalistischen und tendenziell passivierenden Sozialpolitik

behandelt. Der Perspektivwechsel war nicht leicht, sondern mit vielen Umstrukturierungen und Debatten verbunden.

Außerdem spielte in allen Projekten die Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und verschiedenen sozialen Bewegungen und Initiativen eine wichtige Rolle, nicht nur in der Entscheidungsfindung, sondern auch bei ihrer Umsetzung. Das Ziel bestand darin, staatliche oder kommunale öffentliche Verwaltungen einerseits und gemeinwohlorientierte Akteur*innen, Initiativen von Sorgenden und Sorgeempfangenden sowie andere zivilgesellschaftliche Gruppen in die Organisation von Care-Arbeit einzubeziehen. In Barcelona wurde deshalb explizit von einer Vergesellschaftung oder »Sozialisierung von Sorgearbeit«³ gesprochen. Besondere Bedeutung hatte deshalb auch die logistische und finanzielle Unterstützung von genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Projekten oder Initiativen der Selbstorganisation.

In allen beteiligten Städten war es eine Herausforderung, soziale Bewegungen und Gewerkschaften für die Zusam-

menarbeit mit kommunalen Verwaltungen zu begeistern. Die Skepsis der außerparlamentarischen Bewegungen gegenüber Institutionen erschwerte teils eine Zusammenarbeit. Die Befürchtung, von der Kommunalpolitik vereinnahmt zu werden, verhinderte wiederum einen offensiveren Umgang mit den eigenen Forderungen. Oft waren die staatlichen Logiken so dominant, dass den Bewegungen zu wenig Raum gegeben wurde, um eigene Vorschläge zu diskutieren und einzubringen. Solche »transversalen Allianzen« und Politiken, die institutionelle Schranken überwinden und unterschiedliche Akteure miteinander in eine gemeinsame Praxis bringen, sind jedoch nötig, um die Ideen einer »Sorgenden Stadt« Realität werden zu lassen.

Auch wenn heute – im Zuge eines allgemeinen Rechtsrucks in Spanien – keine der genannten Bewegungsparteien mehr an der Regierung ist, können ihre Ideen und Politiken dennoch wichtige Impulse geben.⁴ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat drei Studien in Auftrag gegeben, um aus den Erfahrungen kommunalpolitischer Sorgepolitiken in Barcelona, Madrid und Saragossa zu

3 Ezquerro, Sandra/Keller, Christel: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit. Erfahrungen mit feministischen Care-Politiken auf kommunaler Ebene in Barcelona, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2022, https://www.rosalux.de/fileadmin/user_upload/pdf/Barcelona_Onl-Studie_Sorgearbeit_FINAL_dt.pdf

4 In Saragossa wurde zwar unter der linken Kommunalregierung gemeinsam mit Bewegungsakteur*innen ein Konzept zur »Sorgenden Stadt« entwickelt, das Projekt konnte aber nicht mehr in der Regierungszeit umgesetzt werden.

lernen.⁵ Darauf aufbauend stellen wir an dieser Stelle einige innovative Projekte vor, die teils auch schon hierzulande aufgegriffen und weitergedacht wurden. Sie zeigen, wie eine revolutionäre Realpolitik feministisch und bedarfsgerecht gedacht werden kann, um bessere Sorgestrukturen für die dort lebenden Menschen zu ermöglichen.

5 Ezquerro/Keller: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit; Jiménez Castellón, Sofia/Moreno López, Esther: Das Projekt «Saragossa als Sorgende Stadt.» Eine feministische Vision, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2022, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Das-Projekt-Zaragoza-als-Sorgende-Stadt_dt_FINAL.pdf; Salobral Martín, Nieves: Madrid als Sorgende Stadt. Wie die feministische Ökonomie kommunale Care-Politiken anleiten kann, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2023, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/Madrid_als_Sorgende_Stadt.pdf

**TRANSFORMATORISCHE
PROJEKTE AUS DEN
»SORGENDEN STÄDTEN«
IM SPANISCHEN STAAT**



BARCELONA: CONCILIA – KOMMUNALES KINDERBETREUUNGSPROGRAMM

Zeit fehlt Eltern eigentlich immer. Während es tagsüber zu den Normalarbeitszeiten auch öffentliche Betreuungsangebote für Kinder gibt, damit Eltern am Arbeitsmarkt teilnehmen können, sind sie jenseits dessen meist auf individuelle Lösungen zurückgeworfen. Diejenigen, die es sich leisten können, kaufen Dienstleistungen wie Babysitter privat hinzu, andere greifen auf familiäre und soziale Netzwerke zurück. Viele finden schlicht keine Lösung, was ernste Folgen für ihr Wohlergehen und ihre Lebensmöglichkeiten hat. Insbesondere für Alleinerziehende ist es eine große Herausforderung, alle Bedürfnisse, Verantwortungen und Aufgaben miteinander zu vereinbaren.

Das kommunale und kostenlose Kinderbetreuungsprogramm Concilia in Barcelona,⁶ das durch eine gemeinnützige Genossenschaft verwaltet wird, berücksichtigt deshalb nicht nur reguläre Betreuungszeiten, sondern macht Angebote auch außerhalb der Schul- und Kitazeiten. Am Wochenende steht es ganztägig zur Verfügung. Das Programm ist nicht an einen konkreten Bedarf gekoppelt. Es kann genutzt werden, wenn spontan ein Arbeitstermin reinflattert oder ein Familienmitglied zur Ärztin begleitet werden muss, aber auch wenn die Eltern einfach mal einen Moment zum durchschnaufen brauchen oder an einer politischen Aktion teilnehmen wollen. In Kooperation mit Kultureinrichtungen werden außerdem spezifische Angebote gemacht, um Eltern die Teilnahme an einer kulturellen Veranstaltung zu ermöglichen. Nach einer einmaligen Registrierung können Familien sich zwischen zwei Wochen und zwölf Stunden im Voraus für ein bestimmtes Zeitfenster anmelden. In Notfällen ist das auch mit nur 30 Minuten Vorlauf möglich.

Das Projekt arbeitet mit Kindern zwischen vier und zwölf Jahren und richtet sich insbesondere an Alleinerziehende, die weder über die finanziellen Mittel noch über ein ausreichendes soziales Unterstützungsnetzwerk für die Betreuung ihrer Kinder verfügen. In den ersten Jahren der Umsetzung waren 51 Prozent der Eltern, die das Angebot wahrnahmen, alleinerziehend. Auch Eltern und Kinder mit Gewalterfahrungen werden

6 Vgl. Ezquerro/Keller: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit, S. 19.

bei der Aufnahme begünstigt. Das traf in den ersten Jahren auf elf Prozent der Familien im Programm zu.

Bei Engpässen werden die genannten Personen bevorzugt, grundsätzlich steht das Angebot aber für alle Familien zur Verfügung.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Durch kommunal bereitgestellte kostenlose Kinderbetreuung auch außerhalb der geregelten Betreuungszeiten wird Eltern nicht nur die Vereinbarung von Erwerbsarbeit und häuslicher Sorge erleichtert, sondern insgesamt der Alltag entzerrt. Ihnen wird Zeit und Raum für eine Ausbildung oder Weiterbildung zugestanden oder einfach mehr Freizeit und Erholung.
- Zunächst setzt das Angebot dort an, wo der Bedarf am größten ist, nämlich dort, wo es keine privaten Lösungen gibt, weil Unterstützungsnetzwerke oder Ressourcen fehlen. Ziel ist jedoch, das Programm immer weiter auszuweiten und somit die Bedarfsprüfung schrittweise weniger zu gewichten.
- Für Kinder wird ein bedürfnisorientiertes, pädagogisch hochwertiges und altersgerechtes Freizeitangebot geschaffen.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- Engpässe bei der Kinderbetreuung können heute nur individuell überbrückt werden. Diese neoliberale Logik wird durch die kommunale Kinderbetreuung durchkreuzt: Ein bisher völlig privatisierter Bereich wird in gesellschaftliche – in diesem Fall kommunale – Verantwortung genommen und damit die bisherige Grenzziehung von privat und öffentlich durchbrochen. Durch weitergehende Projekte kann dies Schritt für Schritt vorangetrieben werden.
- Da die Kinderbetreuung ganz explizit keinen konkreten Anlass benötigt, wird eine Debatte über Zeitwohlstand und Selbstsorge angeregt. Für was bleibt uns eigentlich noch Zeit? Muss alles nur Stress sein? Und dann vielleicht in einem nächsten Schritt: Ist es wirklich notwendig, dass

wir 40 Stunden (plus) pro Woche arbeiten und Sorgetätigkeiten immer nur »jonglieren« können?

- Mehr Zeit und Muße sind grundlegende Voraussetzungen dafür, sich politisch einzubringen und für emanzipatorische Projekte jeder Art zu kämpfen.

BARCELONA: SUPERILLES DE LES CURES – CARE-SUPERBLÖCKE ALS ORGANISATIONSFORM AMBULANTER PFLEGE

Die Care-Superblöcke (auf Katalan: Superilles de les cures) sind ein Ansatz, der ambulante Pflege neu organisieren will. Das Modell sieht vor, dass Pflegeteams aus ungefähr zwölf Fachkräften jeweils eine Gruppe von etwa 50 Klient*innen betreuen, die alle im selben »Superblock« leben.⁷ Damit sind Wohnviertel oder Nachbarschaften gemeint, in denen nicht mehr als 30.000 Menschen wohnen und innerhalb derer alles in rund fünf Minuten zu Fuß zu erreichen ist.

Ursprünglich waren die Superblöcke eine klimapolitische Maßnahme zur Verkehrsberuhigung in Barcelona. Später wurde die Idee auch auf die ambulante Pflege ausgeweitet, da hier Wohnortnähe, kurze Wege und überschaubare Organisationseinheiten von Vorteil sind. Die Care-Leistenden sollen so mehr Autonomie bei der Organisation ihrer Arbeit erhalten, kürzere Wege sowie, falls gewünscht, längere und kompaktere Arbeitstage haben. Diejenigen, die die Leistungen der Teams in Anspruch nehmen, profitieren von einer festen und stabilen Bezugsgruppe, von der direkteren Kommunikation und einer flexibleren Betreuung, die stets an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann.

Das Programm startete 2017 mit mehreren Pilotprojekten und stellt eine Alternative zur Konkurrenz der privaten Pflegedienste dar. Seit 2019 wird es dauerhaft von der Kommune gefördert und auf 60 Superblöcke erweitert.

⁷ Vgl. ebd., S. 20.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten im Care-Bereich.
- Die Verbesserung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen.
- Sorgeempfangende und pflegende Angehörige haben eine stabile, multidisziplinäre Bezugsgruppe, die Vertrauen schafft.
- Profitorientierte Pflegedienste werden abgelöst.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- Durch die (zeitliche) Entlastung der bezahlten wie unbezahlten Care-Leistenden kann der Aspekt von Sorgearbeit, der sich auf die sozialen Beziehungen bezieht, wieder stärker in den Vordergrund rücken. Das Sich-umeinander-Kümmern kann wieder als etwas Positives erfahren werden und daher sowohl die Lebensqualität aller Beteiligten verbessern als auch eine Bewusstseinsveränderung über den zentralen Stellenwert von Sorge anstoßen.
- Die Entlastung unentlohnter und überwiegend von Frauen geleisteter Care-Arbeit in den Haushalten ist außerdem ein kleiner Schritt in Richtung einer Vergesellschaftung von Sorgearbeit.

WO LIEGEN ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN FÜR INITIATIVEN?

Stationäre und ambulante Pflege sind eng miteinander verknüpft. Denn je weniger zugänglich die Angebote stationärer Pflege sind, desto aufgelaedener und überladener ist die Betreuungssituation in den privaten Haushalten, und zwar sowohl von ambulanten Pflegediensten als auch von pflegenden Angehörigen. Würdevolle Care-Beziehungen setzen Selbstbestimmung voraus und brauchen deshalb auch bezahlbare und lebenswerte stationäre Einrichtungen.

In Deutschland ist allerdings über die Hälfte der Pflegeeinrichtungen privatwirtschaftlich organisiert und damit auf Profit statt auf Gemeinwohl ausgerichtet – mit den bekannten Folgen: Die Arbeitsbedingungen sind hart, die Löhne niedrig und die allermeisten alten Menschen können sich

einen Platz im Pflegeheim, für den im bundesweiten Durchschnitt über 2.400 Euro Eigenanteil pro Monat anfällt, überhaupt nicht leisten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat deshalb zwei Untersuchungen zu diesem Thema herausgegeben. In einer Studie mit dem Titel »Wem gehört die Altenpflege?«⁸ wird die wachsende Übernahme von Altenheimen durch privates Anlagekapital und internationale Kapitaldienstleister unter die Lupe genommen. Es wird deutlich, dass hier stattliche Profite auf Kosten der Schwächsten gemacht werden – und zwar sowohl der Bewohner*innen als auch der dort Beschäftigten. Abhilfe könnte geschaffen werden, wenn etwa im bundesdeutschen Pflegeversicherungsgesetz ein Gewinnverbot für Altenpflegeheime verankert würde, wie es für Kindertagesstätten in mehreren Bundesländern bereits besteht. Wie es auch auf Landesebene möglich wäre, die Profitmacherei in der Altenpflege zurückzudrängen und gemeinwohlorientierte Träger zu bevorzugen, zeigt die zweite Untersuchung: ein juristisches Gutachten zur »Gemeinwohlorientierung in der Altenpflege«.⁹

Der Ausbau stationärer Altenpflege in öffentlicher oder gemeinwohlorientierter Hand, also eines für breitere Bevölkerungsschichten bezahlbaren Angebots, würde für zahlreiche Haushalte eine enorme Entlastung bedeuten. Denn 84 Prozent der anfallenden Pflegearbeit werden nach wie vor von Angehörigen übernommen. Viele Menschen, gerade solche mit einem niedrigen Pflegegrad, wollen allerdings auch, wenn es gute öffentliche Infrastrukturen in diesem Bereich gibt, lieber in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Daher braucht es auch im Bereich ambulanter Dienste öffentliche oder gemeinwohlorientierte Träger.

8 Trautvetter, Christoph: Wem gehört die Altenpflege? Eigentumsverhältnisse und Geschäftspraktiken in der stationären Altenpflege im Land Bremen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2023, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_4-23_Finanzialierung_Altenpflege.pdf

9 Baunack, Sebastian/Gilsbach, Anna: Gemeinwohlorientierung in der Altenpflege. Regulierungsmöglichkeiten des Landesgesetzgebers zur Verbesserung der Qualität in Pflegeeinrichtungen im Land Bremen, Rechtsgutachten im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2023, https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Onl-Studie_5-23_Rechtsgutachten.pdf

BARCELONA: VILA VEÏNA – CARE-SUPERBLÖCKE FÜR GESTÄRKTEN NACHBARSCHAFTEN

Die Care-Superblöcke gelten in Barcelona nicht nur als Organisationseinheit für die häusliche Pflege, sondern schließen auch weitere Sorgearbeiten ein, die das körperliche und emotionale Wohlbefinden fördern. Um sie einzurichten, gibt es ein Verfahren, das an verschiedenen Orten unterschiedlich zur Anwendung kam.

In einer ersten Phase wird ermittelt, wie die Care-Superblöcke jeweils strukturiert sind, welche gemeinwirtschaftlichen Angebote und Dienste, welche Organisationen es bereits gibt und welche Bedürfnisse noch nicht berücksichtigt sind. Dafür gibt es verschiedene Methoden: Bürger*innenbefragungen, Haustürgespräche oder einen Dialog mit den Einrichtungen vor Ort. Darauf aufbauend wird ein spezifisches Arbeitsprogramm vorgeschlagen, das die konkreten Anliegen in diesem Gebiet – das Vila Veïna genannt wird – abdecken soll.

Bestimmte Elemente sind immer vorhanden, werden aber jeweils unterschiedlich umgesetzt:

1. Information, Beratung und individuelle Unterstützung beim Zugang zu care-bezogenen Angeboten und Dienstleistungen in der Nähe.
2. Treffpunkte für Familien und Care-Leistende, Räume zum Durchatmen und für die (gemeinsame) Kinderbetreuung, etwa spezifisch für Großeltern oder Alleinerziehende und deren Kinder.
3. Workshops, Konferenzen und andere Aktivitäten zu verschiedenen Themen, zur Verbesserung der Gesundheit und des emotionalen Wohlbefindens. Das können Gesundheitsspaziergänge und Yoga-Kurse ebenso sein wie Workshops zur Förderung von Familienkompetenzen oder Lernangebote für Männer in Bezug auf Care-Aufgaben.
4. Selbsthilfegruppen, in denen Menschen in ähnlichen Situationen Erfahrungen austauschen und gemeinsam Schwierigkeiten überwinden können.
5. Rechtsberatung für pflegende Angehörige ebenso wie für angestellte



Hausarbeiter*innen.¹⁰ Hier geht es um Aufklärung über die Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses und die damit verbundenen Rechte und Pflichten. Unterstützung in Fällen von aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Diskriminierung.

6. Unterstützung von Projekten zur kollektiven Sorgearbeit, etwa selbstorganisierte Kinderbetreuung oder Gemeinschaftsküchen.

Die von der Kommune angestellten Koordinator*innen, die es in jeder Vila Veïna gibt, behalten den Überblick und unterstützen die kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote. Es gibt also eine zentrale Anlaufstelle in unmittelbarer Umgebung des Wohnorts und immer ein vertrautes Gesicht: ein Aspekt, der in Barcelona als wichtiger Teil einer »sorgenden Verwaltung« angesehen wird.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Mapping (Bestandsaufnahme) der Sorgebedürfnisse der Bevölkerung in einem konkreten Wohnviertel, um darauf aufbauend Versorgungslücken erkennen und passgenau schließen zu können.
- Bessere Koordination und Abstimmung zwischen kommunalen, zivilgesellschaftlichen und selbstorganisierten Angeboten und Aktivitäten in den Nachbarschaften.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- Der soziale Nahraum wird als Ort des Füreinander-Sorgens stärker erlebbar. Lange Wege, die heute für viele Menschen zum stressigen Alltag gehören, werden reduziert, Menschen aus der häuslichen Isolation geholt und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt.
- Eine gemeinschaftliche Organisation von Sorge statt individualistischer und ausschließlich pflegeorientierter Sorgearbeit führt zu einer besser vernetzten Nachbarschaft. Das ist auch eine Grundlage dafür, mehr

¹⁰ Unter Hausarbeiter*innen werden alle Personen verstanden, die in privaten Haushalten Care-Dienstleistungen verrichten. Dazu gehören vor allem Reinigungstätigkeiten, häusliche Pflege und private Kinderbetreuung (»Nannys«).

Handlungsmacht aufzubauen und gemeinsam für weitere Angebote streiten zu können.

- Die Mitarbeiter*innen von ambulanten Diensten und städtischen Institutionen genauso wie die Nachbar*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Organisationen ergeben ein soziales Gefüge – ein Care-Netz –, von dem das Zuhause ein Teil wird. Es wird zum gesellschaftlichen Ort. Care-Arbeit wird sichtbarer.

WAS SIND ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN?

In Berlin knüpft die Kampagne »Sorge ins (Park-)Center«¹¹ an diese Idee an, Sorgearbeit in den Nachbarschaften zu politisieren: Ein leer stehendes Einkaufszentrum soll zu einem Ort für gemeinschaftlich organisierte Sorgearbeit werden. Angelehnt an das Konzept der Superblöcke sollen dort verschiedene soziale Dienstleistungen angeboten werden, um den diversen Aspekten von Sorge gerecht zu werden. So kann notwendige Nahversorgung verbunden werden mit einem Ort, der frei ist von Konsumzwang. Die Angebote eines solchen Sorgezentrums sollen an die Bedürfnisse im Kiez angepasst werden. Erfahre mehr dazu auf S. 81!

BARCELONA: TARJETA CUIDADORA – CARE-KARTE

Die Care-Karte (auf Spanisch: Tarjeta Cuidadora) kann sowohl von pflegenden Angehörigen beantragt werden als auch von Menschen, die in der ambulanten Pflege beschäftigt sind – also von all jenen, die sich um kranke, behinderte oder ältere Menschen kümmern.¹² Die Karte bietet einen kostenlosen und vorrangigen Zugang zu allen Angeboten, die über die genannten Care-Superblöcke bereitgestellt werden. Dazu gehören:

- Information und Beratung zu Ressourcen für pflegende Angehörige (persönlich, online und telefonisch).

11 <https://www.sorgezentren.de/>

12 Vgl. Ezquerro/Keller: Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit, S. 20.

- Zugang zu Freizeitaktivitäten und Selbsthilfegruppen, in denen Betroffenen mit anderen Menschen in Kontakt treten können, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.
- Ein kostenloser 24-Stunden-Telefondienst für emotionale Unterstützung.
- Ein kostenloser 24-Stunden-Telefonberatungsdienst für Hausarbeiter*innen.
- Rechtsberatung für Familien, Hausangestellte und Pflegekräfte zu Fragen des Arbeitsverhältnisses.
- Spezielle Angebote für pflegende Angehörige wie Bibliotheken oder Sport- und Freizeitangebote.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Der Zugang zu sozialer Infrastruktur wird für Menschen, die (entlohnt oder unentlohnt) Sorgearbeit leisten, erleichtert und verbessert. Er wird dezentral und unbürokratischer zugänglich, sodass Pflegende insgesamt entlastet werden.
- Gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung für Sorgeleistende.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- Sorgeleistende Menschen gewinnen Kraft und mehr Zeit, sie kommen aus der Isolation des Haushaltes heraus, können besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich sogar politisch für ihre eigenen Bedürfnisse einsetzen.
- Sorge wird als zentraler gesellschaftlicher Wert etabliert.

MADRID: PROJEKT ZUR PRÄVENTION UNERWÜNSCHTER EINSAMKEIT

Wir leben in einer Gesellschaft, die nicht nur dem Individuum einen Vorrang gegenüber der Gemeinschaft einräumt, sondern es sogar immer schwieriger macht, soziale Netze zu erhalten oder aufzubauen. Prekarität und Zeitmangel, veränderte Freizeit- und Stadtplanungsmodelle, die kaum

zwischenmenschliche Begegnungen im öffentlichen Raum ermöglichen, sowie Kommunikationstechnologien, die Kontakte ermöglichen, ohne dass man sich trifft – all das sind Faktoren, die zum Individualismus, zu einer Verarmung des sozialen Lebens in den Stadtvierteln beitragen und zu der Art und Weise, wie wir uns zu unserer unmittelbaren Umgebung verhalten. Gerade in Großstädten führt dies oft zu Anonymität und teils auch zu ungewollter Einsamkeit, also einem unerfüllten Wunsch nach sozialen Beziehungen.

Eine Befragung in der Stadt Madrid im Jahr 2017 hatte zum Ergebnis, dass rund zehn Prozent der Bevölkerung unter ungewollter Einsamkeit leiden. Dies betraf vor allem Menschen, die sich nicht an nachbarschaftlichen Aktivitäten beteiligen oder öffentliche Dienste nutzen (können). Die Stadtregierung entwarf daraufhin ein Pilotprojekt, das darauf abzielte, die soziale Einbindung dieser Personen zu verbessern.¹³ Später wurde der Ansatz ausgeweitet und zum Teil der regulären Gesundheitsversorgung.

Es wurden zwei miteinander verbundene Strategien entwickelt: Die eine richtete sich an die gesamte Bevölkerung, die andere ging besonders auf Risikogruppen ein. Denn obwohl ungewollte Einsamkeit prinzipiell in allen Altersgruppen und Lebensabschnitten auftreten kann, sind Jugend und Alter sowie die Zeit nach dem Verlust eines geliebten Menschen spezielle Risikosituationen.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wurde für das Phänomen der ungewollten Einsamkeit sensibilisiert und versucht, Empathie und Mitverantwortung in den Nachbarschaften zu fördern. Gemeinsam mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in den jeweiligen Stadtvierteln wurden Aktivitäten organisiert, soziale Orte geschaffen und so Begegnungen ermöglicht. Aufgrund der weiten Alterspanne fördert das Projekt somit auch die Begegnungen zwischen den Generationen. Für die Risikogruppen wurden außerdem verschiedene Kanäle der Kontaktaufnahme entwickelt und Personal in gesundheitlichen oder sozialen Beratungsstellen für das Thema sensibilisiert.

Allerdings hilft auch das beste Angebot nichts, wenn Menschen keinen Zugang dazu finden. Deshalb sollte eine persönliche Begleitung

13 Salobral Martín: Madrid als Sorgende Stadt, S. 19.

gewährleisten, dass Risikogruppen mit Informationen versorgt werden, mit Orten, Angeboten und Personen in Kontakt kommen und zum Ende der Betreuung auch eine Art Nachsorge erhalten. Für besondere Bedürfnisse wurden schließlich gezielte Angebote geschaffen, etwa Trauergruppen.

Auch in Barcelona zielte das Radars-Projekt (Proyecto Radars) – ein Netzwerk für Prävention und gemeinschaftliches Handeln – darauf ab, Risikosituationen bei älteren Menschen zu erkennen und zu verhindern sowie die negativen Auswirkungen ungewollter Einsamkeit unter Mitwirkung des gemeinschaftlichen Umfelds zu minimieren. Die Initiative entstand im Stadtteil Camp d'en Grassot-Gracia Nova, weil dort viele ältere Menschen leben, die einem Isolationsrisiko ausgesetzt sind.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Förderung eines Unterstützungsnetzwerks in der Nachbarschaft, um unfreiwillige Einsamkeit und soziale Isolation zu erkennen und zu bekämpfen.
- Erleichterung der Einbindung einsamer Menschen in das soziale Netz der Nachbarschaft und Förderung ihrer Teilnahme an den verfügbaren (öffentlichen und privaten) Angeboten.
- Koordination von Projekten und Sichtbarmachung aller (öffentlichen und privaten) Angebote in den betroffenen Stadtteilen, die Begegnungsmöglichkeiten für einsame Menschen schaffen und sich positiv auf deren Gesundheitszustand auswirken können.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- In den Nachbarschaften kommen alle Altersgruppen und verschiedene Lebensrealitäten zusammen. So wird deutlich, dass Einsamkeit und Isolation uns alle betreffen kann, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – oft aber, weil Sorgearbeit privat organisiert ist. Davon ausgehend, entwickelt sich die Erkenntnis, dass eine neue Form des Füreinander-Sorgens notwendig ist, um Vereinzelung zukünftig zu vermeiden.

- Wie bei vielen der anderen Maßnahmen geht es auch hier um eine besser vernetzte Nachbarschaft als Grundlage für demokratische Willensbildung und um die gemeinsame Umsetzung von politischen und sozialen Veränderungen.

MADRID: FORMACIÓN INTERNA EN ÉTICA DE LOS CUIDADOS – SCHULUNGS-PROGRAMM ZU SORGEARBEIT FÜR KOMMUNALE BESCHÄFTIGTE

All das kann nur gelingen, wenn auch die Akteur*innen in Regierung und Verwaltung für die Relevanz und die derzeitigen Bedingungen von Sorgearbeit sensibilisiert werden.

Um Sorge ins Zentrum von Politik zu stellen, muss daher auch das Verwaltungshandeln danach ausgerichtet werden. Dazu bedarf es struktureller Veränderungen, etwa im Zuschnitt und in der Definition von Ressorts und Verwaltungseinheiten – aber eben nicht nur. Es geht auch um die Menschen, die in den Institutionen arbeiten und die politischen Entscheidungen in ganz konkrete Handlungen übersetzen.

Ein bedeutender Teil des Maßnahmenpakets »Madrid als Sorgende Stadt« war deshalb ein Schulungsprogramm zur sogenannten Care-Ethik für Stadtratsmitglieder, Führungskräfte und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung.¹⁴ Als Care-Ethik wird ein Ansatz bezeichnet, der darauf aufmerksam macht, dass Sorgearbeit nichts ist, was nur »bedürftige Menschen« in besonderen Situationen benötigen, sondern dass alle Menschen in ihrem Leben auf Sorge und soziale Beziehungen angewiesen sind, um überhaupt lebensfähig zu sein. Insofern kommt der Sorgearbeit – anders als gemeinhin gesehen – eine zentrale Stellung für die gesamte Gesellschaft und auch für unsere Wirtschaft zu. Auch wenn alle Care brauchen, so haben doch unterschiedliche Menschen unterschiedliche Sorgebedürfnisse, denen Rechnung getragen werden muss. In einer ungleichen Gesellschaft sind sie auch von sonstigen Belastungen oder Ausschlüssen unterschiedlich betroffen.

Der Stadtregierung von Madrid ging es mit dem Weiterbildungsprogramm zur Care-Ethik also zum einen darum, über die wichtige Stellung von Sorgearbeit und die Vielfaltigkeit von Sorgebedürfnissen aufzuklären. Zum anderen sollten die Beschäftigten der Stadt und der sozialen Dienste dafür sensibilisiert werden, dass es nicht nur um die formale Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen geht, sondern auch darum, den tatsächlichen Zugang dazu aktiv zu ermöglichen. Dazu gehört es, auch Bedürfnisse anzuerkennen und dafür Angebote bereitzustellen, die nicht denjenigen der großen Mehrheit entsprechen mögen.

In den Schulungen wurde gemeinsam überlegt, wie Sorge ein neuer Ausgangspunkt für öffentliches Handeln und für ein besseres Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Stadtverwaltung und -regierung sein kann.

WAS IST DAS UNMITTELBARE ZIEL DES PROJEKTS?

- Aufklärung über die Bedeutung von Sorgearbeit für das Leben von allen.
- Tatsächliche Umsetzung der im Plan »Madrid als Sorgende Stadt« festgeschriebenen Maßnahmen.
- Größere Sensibilität für Bedürfnisse innerhalb der Bevölkerung, um diesen Rechnung tragen zu können.

WAS IST DARAN TRANSFORMATORISCH? ODER: INWIEFERN ERMÖGLICHT DAS ANGEBOT WEITERE SCHRITTE?

- Wenn die Bedeutung von Sorgearbeit im Verwaltungshandeln in diesem Sinne verändert wird, kann auch der »Assistenzialismus«, der den oft paternalistischen, entmündigenden und passivierenden Charakter von Sozialpolitik prägt, überwunden werden.
- Wenn Sorgepolitik stärker zum Ausgangspunkt für politische Handeln genommen wird, egal in welchem Bereich, verändert das grundlegend die Art, wie unsere Gesellschaft organisiert ist.





**EIN MAPPING
»SORGENDER KIEZE«
AM BEISPIEL
DES LEOPOLDPLATZES
IN BERLIN-WEDDING**

**EINE BESTANDSAUFNAHME
SORGENDER INSTITUTIONEN
ALS EIN ERSTER SCHRITT
ZUR »SORGENDEN STADT«**

**VOM
KOLLEKTIV RAUMSTATION**

WER KÜMMERT SICH UM DIE SORGENDEN?

Um zu »Sorgenden Städten« zu kommen, müssen wir die Bedürfnisse derjenigen verstehen, die vor Ort Sorgearbeit leisten. Im Mapping-Projekt in Berlin-Wedding haben wir von Februar bis September 2022 Formen der Sorgearbeit aufgespürt, die nicht im Privaten, also quasi hinter verschlossenen Türen, sondern in (halb-)öffentlichen, institutionellen Räumen geleistet werden. Diese institutionalisierte Care-Arbeit ist zwar sichtbarer als die häusliche – nichtsdestotrotz fehlt es ihr ebenfalls an Wertschätzung, Anerkennung und Aufmerksamkeit. Wir wollten herausfinden, was Sorgearbeit in diesen Kontexten bedeutet, wer die Menschen sind, die diese Tätigkeiten übernehmen, und wie verschiedene »Netzwerke der Sorge« miteinander in Verbindung stehen.

Auch institutionalisierte Sorgearbeit ist durch Prozesse der Neoliberalisierung geprägt, von prekären Arbeitsverhältnissen und einer auf Effizienz und Profit

ausgerichteten Arbeitsorganisation: Oft reichen die finanziellen Mittel nur für Teilzeitstellen und Projektförderungen erfolgen in der Regel nur für kurze Zeit. Das bedeutet für die Sorgearbeitenden ungewisse Zukunftsaussichten sowie zusätzliche unbezahlte Arbeit, die dieses System aufrechterhalten soll oder dazu dient, den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Von gesellschaftlicher oder finanzieller Wertschätzung der institutionell geleisteten Sorgearbeit kann hier also nicht gesprochen werden.

Diese kapitalistischen Zwänge im Care-Sektor treffen auf eine krisenbefahrene Gesellschaft, in der es einen steigenden Bedarf an Sorgeleistungen gibt. Das Zusammenspiel dieser Entwicklungen wirkt sich auf die Qualität und Quantität der bestehenden Angebote negativ aus. Wir halten es daher für wichtig, diese Bedingungen zu verändern, Sorgearbeit basisdemokratisch zu organisieren und zu vergesellschaften.

Die Definition von Sorgearbeit wurde dabei sehr breit gefasst und teilweise bewusst offengelassen, um von den Befragten zu erfahren, was sie selbst als Care-Arbeit verstehen. Im Mittelpunkt standen Orte und Einrichtungen, in denen sich Menschen kümmern, beraten und gegenseitig unterstützen. Mitgedacht wurde dabei sowohl Sorgearbeit, die im Auftrag des Wohlfahrtsstaats geleistet wird, als auch Vereinsarbeit, politische Arbeit oder informell geleistete Sorgearbeit und dabei praktische als auch emotionale Unterstützung.

Es ging aber nicht nur um Orte, sondern vor allem um Menschen, um die Sorgenden, die täglich für Jugendliche, Frauen und Queers, Familien, ältere Menschen, Erkrankte und Hilfsbedürftige im Kiez da sind. Entscheidend war, die Sorgenden in den Blick zu nehmen und zu fragen: Wer kümmert sich eigentlich um die Sorgenden?

DER RÄUMLICHE FOKUS AUF DEN KIEZ – DIE WABE IM NETZWERK DER STADT

Kiez ist in Berlin eine Bezeichnung für die unmittelbare Nachbarschaft, das Wohnviertel. Es ist ein überschaubarer Bereich, in dem wir uns täglich bewegen, in dem wir uns auskennen, Kontakte knüpfen,

in dem die Anonymität der Großstadt manchmal durchbrochen werden kann. Er gibt der Wohngegend einen Namen und ermöglicht Identifikation. Damit eignet sich der Kiez sehr gut für stadtpolitische Interventionen und Veränderungen. Für diese kleinräumliche Einheit ist eine dichte, bedarfsorientierte Verteilung wohnortnaher Sorgeinfrastruktur zentral, um möglichst allen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Gegensatz zur gesamtstädtischen Ebene können im Kiez die Anbindung und auch Rückkopplung geschaffen werden, die es braucht, um Sorgeinfrastrukturen für die Menschen bedürfnisorientiert und solidarisch zu gestalten.

Doch Kiez ist nicht gleich Kiez. Verschiedene sozialräumliche Faktoren haben Einfluss auf Dichte und Diversität (halb-)öffentlicher Angebote sowie auf die Art und Weise, wie Raum genutzt wird und von wem. Welche Sorgeangebote es gibt, wie diese bisher gestaltet sind und welche Lücken bestehen, haben wir uns exemplarisch in Berlin-Wedding rund um den Leopoldplatz angesehen. Wir haben diese Gegend ausgewählt, da wir vermutet haben, hier ein über die Jahre gewachsenes und gut ausgebautes Sorgenetzwerk vorzufinden, das sich zwar stetig an neue Gegebenheiten anpasst, aber auch von Verdrängung bedroht ist und dadurch besonderen Schutz bedarf.

EXKURS ZUR GESCHICHTE DES WEDDINGS:

*Der »Rote Wedding« ist ein historisch gewachsenes Arbeiter*innenviertel. Im späten 19. und 20. Jahrhundert waren hier große Industrien (z.B. Osram) angesiedelt, außerdem kamen viele Menschen als Gastarbeiter*innen in den 1970er-Jahren hierher. Da zu dieser Zeit die Innenstadtbezirke für privilegierte Weiße nicht attraktiv waren und sie sich lieber samt Kleinwagen und -familie in die Randbezirke begaben, konnten viele der neu angekommenen Menschen hier ihr Zuhause aufbauen. Das prägt den Wedding bis heute: 60 Prozent der hier lebenden Menschen haben Zuwanderungserfahrung.¹ In ganz Berlin-Mitte haben 34 Prozent der Menschen keinen deutschen Pass, was bedeutet, dass ihre gesellschaftliche Teilhabe sehr eingeschränkt ist, da ihnen zum Beispiel das Wahlrecht verwehrt oder der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert wird.*

¹ Vgl. Bezirksamt von Mitte/Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Berlin Mitte. Bevölkerung, soziale Lage und Wohnsituation, Berlin 2020.

*Es liegt auf der Hand, dass dies ein dichtes Netz an (alternativen) Unterstützungsstrukturen hervorgebracht hat, die nun aber durch eine zunehmende Gentrifizierung von Verdrängung bedroht sind. Denn es ist die Summe der geschilderten Umstände in migrantisch geprägten Arbeiter*innenvierteln, die den perfekten Nährboden für Gentrifizierung bilden. Künstler*innen oder Studierende profitieren von der dichten und günstigen Infrastruktur und den bezahlbaren Mieten, die mit ihrem Zuzug steigen. Das Ganze wird noch mit dem Narrativ »Der Wedding ist im Kommen« verknüpft, damit dreht die Aufwertungsspirale ihre nächste Runde².*

² Vgl. Holm, Andrej: Die Karawane zieht weiter. Stationen der Aufwertung in der Berliner Innenstadt, in: Bacik, Cicek/Ilk, Cagla/Pschera, Mario (Hrsg.): Intercity Istanbul Berlin, Berlin 2010, S. 89–101.

SORGEINFRASTRUKTUREN KARTIEREN – MAPPING ALS METHODE

Um sich Sorgearbeit in der Nachbarschaft anzunähern und genau hinzusehen – ohne vorgefertigte Annahmen darüber, was es braucht –, wurde zunächst eine Bestandsaufnahme in Form eines Mappings der Sorgeinstitutionen im Kiez vorgenommen. Welche Orte und Institutionen der Sorgearbeit gibt es bereits? Wie wird dort gearbeitet? Welche Bedarfe werden abgedeckt, welche Angebote fehlen? Wie sind diese räumlich verortet und sozial eingebunden?

Ziel des Kartierens dieser Infrastruktur war es, an Bestehendes anzuknüpfen, es sichtbar zu machen und einen Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus gemeinsam in Richtung eines »Sorgenden Kiezes« gearbeitet werden kann.

Mappings dienen dazu, alltägliches, subjektives (Raum-)Wissen abzubilden, Unsichtbares sichtbar zu machen und Machtdynamiken zu thematisieren und infrage zu stellen. Im Fokus stehen dabei die Alltagsexpert*innen für das jeweilige Themengebiet. Denn Karten prägen unser räumliches Verständnis auf die Welt³ und

3 Vgl. Damman, Finn/Michel, Boris (Hrsg.): Handbuch kritische Kartieren, Bielefeld 2022.

entstehen immer als ein Produkt unserer politischen Haltung. So sind sie häufig ein Ausdruck von Machtdynamiken mit territorialen Grenzen. Dahingegen sind kollaborativ entstandene Karten, die das Wissen der Betroffenen abbilden oder deren Bedarfe und Disparitäten aufzeigen, ein emanzipatorisches Werkzeug für die (politische) Praxis.⁴

Als Kollektiv Raumstation haben wir bereits viel mit Mappings bzw. der Methode des kritischen Kartierens gearbeitet. Wir verstehen uns dabei als gesellschaftspolitisch engagierte Forscher*innen, Praktiker*innen und Aktivist*innen, die »eingreifen, kritisieren und verändern«⁵ wollen. Es geht uns darum, lokales Wissen zu bündeln und es zum Ausgangspunkt von gesellschaftlichen Veränderungen zu machen. Dabei verbinden wir Mappings mit Interventionen im öffentlichen Raum, um verborgene Geschichten unserer alltäglichen Umgebung sichtbar zu machen und performativ in den Raum einzuschreiben. Zugleich bringen wir Menschen zusammen, um Netzwerke für eine »Stadt von unten« zu stärken.

4 Vgl. Kollektiv Orangotango: This Is Not an Atlas. A Global Collection of Counter-Cartographies, Bielefeld 2018, unter: <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6761621>.

5 Binder, Beate/Bose, Friedrich von/Ebell, Katrin/Hess, Sabine/Keinz, Anika (Hrsg.): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch, Münster 2013, S. 22.

MAPPING AM LEOPOLDPLATZ

Der erste Schritt des Mappings war ein investigativer Spaziergang. Dabei wurden »Sorgende Institutionen« kartiert und anhand von Fotos dokumentiert. Dabei zeigte sich bereits ein relevanter Aspekt: nämlich, wie (un-)zugänglich bzw. von der Straße aus auffindbar die Orte/Einrichtungen sind. Im zweiten Schritt wurden die aufgespürten Institutionen kategorisiert, zum Beispiel nach Zielgruppe, Themenfeld und räumlicher Lage. So ersichtlich gewordene Leerstellen wurden durch gezielte Recherche gefüllt, um eine möglichst hohe Diversität abzubilden. Im dritten Schritt fand ein Gespräch mit der lokalen Stadtteilkoordinatorin statt, die als Schnittstelle zwischen Bürger*innen und Verwaltung/Politik fungiert, um weitere Informationen über Institutionen und ein besseres Verständnis der Strukturen und Vernetzung im Kiez zu erhalten. Die anschließende Kontaktaufnahme mit den Institutionen wurde durch die begrenzten zeitlichen Kapazitäten der Sorgearbeitenden erschwert. Letzten Endes konnte daher nur eine kleine Auswahl der Sorgeinstitutionen porträtiert werden.

Dieses Mapping kann keine flächendeckende Bestandsaufnahme sein, auch deswegen, weil bestimmte Orte bzw. Sorgepraktiken durch die gängigen Raster fallen. Dazu gehören zum Beispiel inhaber*innengeführte Läden oder der

»Späti von nebenan«, wo wir auch wichtige informelle Sorgearbeit vermuten.

ZWISCHEN DEN ZEILEN LESEN

Nach der Auswahl der Institutionen wurden Interviews mit den dort arbeitenden Menschen geführt. Bei der Auswertung der Interviews sollten die Perspektive und die Stimmen der Sorgearbeitenden direkt wiedergegeben sowie ihre Bedarfe und Veränderungswünsche herausgestellt werden. Dabei wurden die Fragen so offen wie möglich gehalten, nach dem Prinzip: Wer seid ihr? Was macht ihr? Warum ist das wichtig? Was braucht ihr, von wem? Erfahrungen aus den Arbeitsalltagen bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt des Gesprächs. Thematisiert werden sollten dadurch die Belastung bei der Arbeit, individuelle Bedürfnisse sowie Forderungen an Politik und Gesellschaft und die Frage nach der Wertschätzung ihrer Arbeit durch andere.

Mit dieser offenen Herangehensweise sollten die Stimmen »on the ground« hörbar gemacht und mit den Care-Arbeitenden und nicht über sie gesprochen werden. Das wurde von den Interviewpartner*innen sehr wertgeschätzt, denn oft haben sie es schon anders erlebt: »Sonst erzählen uns die meisten, was wir brauchen, ohne uns zu fragen«, so ihre berechtigte Klage.

In den Gesprächen wurde schnell deutlich, dass viele Probleme nicht direkt angesprochen und auch kaum explizite Forderungen, zum Beispiel an staatliche Stellen, formuliert werden. Vieles, so auch Kritik am Status quo, wird in Anekdoten »verpackt«. Häufig spielten die Gesprächspartner*innen Probleme herunter und verwiesen darauf, dass es anderen Einrichtungen ja noch schlechter gehe. Dies lässt sich vermutlich auf die Eingebundenheit in das sozialpolitische System sowie auf finanzielle Zwänge und Abhängigkeiten von Auftraggeber*innen zurückführen, aber auch auf vorherrschende gesellschaftliche Normen. In den Fällen, in denen die Interviewten den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit äußerten, sahen sie es als einzige Möglichkeit, diese zu erreichen und nach eigenen Wertevorstellungen zu agieren, indem sie unentgeltlich oder ohne staatliche Gelder arbeiten.

Eine zentrale Herausforderung bestand also darin, bei der Interviewauswertung zwischen den Zeilen zu lesen und eine gewisse Übersetzung vorzunehmen, um die tatsächlichen Bedarfe zu erfassen, den Sorgearbeitenden zugleich aber nichts in den Mund zu legen. Wichtig war dabei auch, immer wieder unsere eigene Rolle und Situiertheit zu hinterfragen.⁶

⁶ vgl. ebd.

Lassen wir uns aufgrund unserer Sozialisierung und unserem politischen Veränderungswunsch von bestimmten Grundannahmen leiten? Und wenn ja, in welchem Maße ist es in Ordnung oder sogar wichtig, eine solche Form der Übersetzungsarbeit zu leisten, um zu verallgemeinerbaren Forschungsergebnissen zu gelangen und strukturelle Veränderungen anzustoßen? Aber auch: Wo sind die Grenzen davon? Ab wann kann diese Perspektive sogar zu verzerrten Wahrnehmungen bzw. Darstellungen führen? Auch wenn dieser Prozess überaus zeitintensiv war, war es sehr wichtig, sich all diesen Fragen zu stellen und auch bei der Deutung der Ergebnisse zu berücksichtigen.

DEN RAUM VERÄNDERN: INTERVENIEREN, VERNETZEN, VERÄNDERN

Wir konnten feststellen, dass eine umfassende Sorgeinfrastruktur im Kiez besteht, die jedoch wenig sichtbar ist und in der allgemeinen Wahrnehmung sowie der Politik zu wenig Beachtung findet.

Zum Teil kann ihre räumliche »Unsichtbarkeit« beabsichtigt sein, da unter denjenigen, die »Sorgende Institutionen« aufsuchen und nutzen, besonders verletzte Gruppen sind, die sich

sicherer fühlen, wenn sie nicht gesehen werden. Damit diese überhaupt erst ihre Funktion erfüllen und als Anlaufstelle dienen können, müssen die hilfeschenden Personen aber über ein spezifisches Wissen bzw. Ortskenntnisse verfügen. In anderen Fällen kann Sichtbarkeit jedoch auch Zugänglichkeit oder Wertschätzung schaffen und Startpunkt für eine Vernetzung sein. Vernetzung ist wiederum eine Voraussetzung für kollektive Meinungsbildungsprozesse, dafür, dass überhaupt gemeinsam über Probleme gesprochen und eine Transformation von unten angestoßen werden kann.

PERFORMATIVE SICHTBARMACHUNG DER »SORGENDEN ORTE« RUND UM DEN LEOPOLDPLATZ

Aus dem gesammelten Wissen wurde ein Care-Protest-Spaziergang entwickelt, der performativ eine Auswahl von Sorgeorten verknüpft. Gemeinsam mit den Teilnehmer*innen und den Care-Arbeiter*innen wurden die Institutionen abgelaufen. Die Nachbarschaft wurde durch Flyer und Poster im Kiez zur Teilnahme eingeladen, außerdem wurden verschiedene digitale Verteiler bespielt und »Sorgende Institutionen« gezielt angeschrieben. Die Sorgearbeitenden erhielten somit die Chance, ihre Geschichten und Forderungen in den öffentlichen Raum zu tragen, zum einen über lautsprechergestützte Ansprachen,

zum anderen über das Tragen von an Stöcken montierten Schildern und Plakaten – ähnlich wie bei einer politischen Demonstration –, um damit die Forderungen auf die Straße bringen.

Bei der ersten Station des Spaziergangs gab es eine Begegnung, die exemplarisch für diese Art von Sichtbarmachung steht: Ein in der Jugendarbeit Tätiger berichtete über seine Arbeit und ein Nachbar begrüßte ihn spontan herzlich, erkundigte sich, was hier gerade passiert, und unterstrich daraufhin die Wichtigkeit der Arbeit der Einrichtung, in der die Person arbeitet. Die beiden kennen sich schon seit über zehn Jahren. An einer weiteren Station, am Standort einer kürzlich verdrängten Institution (Café Leo), warteten bereits ehemalige Nutzer*innen, die ihr Bedauern über den Verlust des Ortes äußerten und dem ehemaligen Betreiber für sein Angebot und seine Arbeit dankten.

VERBINDEN DER »SORGENDEN ORTE« RUND UM DEN LEOPOLDPLATZ

Während der Interviews mit den Sorgearbeiter*innen wurde deutlich, dass manche sehr gut miteinander vernetzt sind, während andere vorher nichts voneinander wussten. Die Beobachtung war, dass dies häufig mit den Trägerstrukturen und dem persönlichen Engagement bzw. der persönlichen Verbundenheit mit dem jeweiligen Kiez oder Arbeitsbereich

zusammenhängt. Vernetzung und die Mitgestaltung der Rahmenbedingungen von Sorgearbeit benötigen vor allem Zeit, die in Institutionen mit knappen finanziellen und personellen Ressourcen meist nicht gegeben ist. Sie fehlt häufig auch aufgrund der Mehrfachbelastungen in Beruf und Familie. So gaben einige Sorgearbeiter*innen an, dass sie nicht am Spaziergang teilnehmen konnten, da dieser außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit stattfand, andere, weil sie sich während ihrer Arbeitszeit keine Zeit dafür nehmen konnten. Eine Person konnte spontan nicht kommen, da sie plötzlich für eine Kollegin einspringen und sich um Klient*innen kümmern musste – auch am Wochenende. Somit konnten nur diejenigen teilnehmen und mitdiskutieren, die dafür einen Teil ihrer Freizeit »opfereten«. Dennoch konnte gemeinsam mit den Teilnehmer*innen ein Netz der Sorge durch den Kiez gesponnen werden, deren Knotenpunkte die Institutionen selbst waren.

Während und nach dem Spaziergang haben Nachbar*innen und Interessierte mit den Sorgearbeiter*innen diskutiert. Die Letzteren hatten damit die Möglichkeit, vor einer größeren Gruppe die Relevanz ihrer Arbeit hervorzuheben, gleichzeitig auch auf die damit verbundenen Belastungen und Probleme hinzuweisen. Dieses Format stellt eine Methode

dar, Sorgearbeiter*innen darin zu bestärken, ihre Bedarfe und Forderungen lautstärker zu formulieren und damit Veränderungen anzustoßen. Es sind Synergien, gegenseitige Anerkennung sowie ein gemeinsames Grundverständnis entstanden, dass es besser ist, wenn Sorgearbeit von den Kiezen und den dort lebenden Menschen her gedacht wird, anstatt zentralistisch und von oben herab.

PORTRÄTS DER »SORGENDEN INSTITUTIONEN« AM LEOPOLDPLATZ

Auf den folgenden Seiten sollen die »Sorgenden Institutionen« sowie die dort Tätigen porträtiert werden, damit sich die Leser*innen dieses Textes gut in die jeweilige Sorgearbeit und die damit verbundenen Bedingungen und Herausforderungen hineinversetzen können und um deren Relevanz und Unverzichtbarkeit zu verdeutlichen.

Die hier vorgestellten Institutionen reichen von einer kollektiv betriebenen Kiezkneipe und einem besonderen Nachbarschaftscafé über Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung sowie der Obdachlosenhilfe bis hin zu einem privaten Pflegedienst. Trotz aller Unterschiedlichkeit brauchen alle Ressourcen wie geeignete Räume sowie ausreichend Zeit und Geld, um soziale Dienste und Unterstützungsleistungen anbieten zu können. Alle sind abhängig von gesellschaftlicher und politischer Unterstützung – manche scheitern am Unwillen oder Ignoranz der Regierenden bzw. der Behörden.



Herz +

Kulturen
im Kiez

AWO
Frauen-
laden

Café
Cralle

Café Leo

Berliner
Obdach-
losenhilfe

HERZ PLUS



**PFLEGEDIENST
MIT HERZ UND
ENGAGEMENT**

ÜBER DIE KLASSISCHE PFLEGE HINAUS

»Wir sind alles für die Patienten. Es ist traurig. [...] Wir hatten eine Klientin. Sie hatte fünf Kinder, und keiner von denen hat sich um sie gekümmert. Wir waren dann eben ihre Kinder. Wenn was ist, rufen die eben bei uns an.«

In Anspruch genommen wird dieser ambulante Pflegedienst überwiegend von Senior*innen, aber auch von jüngeren Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Unterstützung benötigen. Die Mitarbeiter*innen von Herz Plus suchen diese Menschen zu Hause auf. Das Aufgabenspektrum ist groß: Neben der Pflege gehören dazu Hilfen im Haushalt und im medizinischen

Bereich wie Medikamentengabe, Verabreichung von Injektionen etc. Die Patient*innen sind für Herz Plus keine Nummer, sondern Menschen mit individuellen Bedürfnissen und Wünschen. Inhaberin Rahsan Kinik kennt alle Patient*innen persönlich und ist für sie stets erreichbar, genauso wie für ihre Mitarbeiter*innen. Sie sind für die Patient*innen zentrale Ansprechpersonen und füllen

oftmals die Lücke, die entsteht, wenn die Partner*innen verstorben sind, es keine Kinder gibt oder diese sich nicht um ihre Eltern kümmern.

Viele der Tätigkeiten gehen über die klassische Pflege- und Hilfsleistungen hinaus. So organisiert Herz Plus auch Transporte zum Krankenhaus, begleitet zum Beispiel Klient*innen zum Grab eines verstorbenen Familienmitglieds, hilft bei Banküberweisungen oder fungiert als Schlüsseldienstersatz. Wenn die zu Betreuenden etwas brauchen, was nicht auf der Liste der abrechenbaren Leistungen steht, wird nicht gesagt: »Das ist nicht mehr unser Aufgabenbereich«, sondern es wird versucht, pragmatische Lösungen zu finden (z.B. die Verbuchung von bestimmten Diensten als Entlastungsleistung).

AUF ABRUF...

»Viele Pflegedienste nehmen einen bestimmten Stundenlohn. Bei vielen Patienten denke ich nicht an den Stundenlohn und fahre einfach raus. Zum Beispiel hat mich einer nachts um drei angerufen wegen Magenschmerzen. Er hatte sich übergeben und wusste nicht, was er machen soll. Da bin ich losgefahren

Wir sind alles für die Patienten. Es ist traurig... Wir hatten eine Klientin. Sie hatte 5 Kinder, und keiner von denen hat sich um sie gekümmert. Wir waren dann eben ihre Kinder. Wenn was ist, rufen die eben bei uns an.

zu ihm und habe ihn versorgt. Er lebt allein, hat keine Angehörigen und hat das gebraucht. Ich kann ja nicht sagen, ich schick ihm die Feuerwehr.«

»Wenn ich nach Hause gehe, dann muss ich mir sicher sein können, dass die Pflege sichergestellt ist und dass es den Patienten gut geht. Ich kann es eigentlich gut trennen, ohne dass es mich belastet. Ich finde ja eine Lösung.«

VERSORGUNG IN RÄUMLICHER NÄHE

Im Kiez müssen sie bleiben, da viele Patient*innen hier in der Nähe wohnen, so wie auch viele der Mitarbeiter*innen. Die räumliche Nähe ist für einen ambulanten Pflegedienst zentral, da lange Wege zu viel Zeit kosten und Patient*innen oft schnell Hilfe brauchen. Aber auch bezahlbare Gewerbemieten und genügend nahegelegene Parkplätze beschreiben sie als Voraussetzungen für ihre Arbeit.

Dass sie nun im ersten Stock Räumlichkeiten haben, finden sie gut. Als Herz Plus früher im Erdgeschoss war, kamen dauernd Leute rein zum Kopieren oder Kaffeetrinken, was zwar schön war, aber zu stark abgelenkt hat. Das war den Pfleger*innen dann zu viel. Ein Spagat, denn gleichzeitig brauchen sie insgesamt eine Nachbarschaft, in der sich alle gut kennen, füreinander da sind und die Sorgearbeit auf vielen Schultern verteilt liegt.

»Ich sehe das bei den Patienten, den Senioren: ›Nein Schlüssel kann ich ihnen nicht geben, aber meine Nachbarin gegenüber hat einen Schlüssel.« Das finde ich toll. Oder dass die Nachbarin mit einkauft [...] Ich hoffe, das geht nicht verloren und die Jugendlichen gucken sich das auch ab. Das wäre wichtig!«

LEIDENSCHAFTLICHE KÜMMER*INNEN

»... nicht nur Pflege. Rundum alles eigentlich.«

Rahsan Kinik hat sich selbstständig gemacht und Herz Plus gegründet. Sie ist Inhaberin und Pflegedienstleiterin von Herz Plus. Rahsan ist im Alter von 13 Jahren nach Deutschland gekommen, hat immer hart gearbeitet und blickt nun stolz auf die eigene

*... nicht nur
Pflege. Rundum
alles eigentlich.*

KÄMPFE UND FORDERUNGEN || #Pflege sollte nicht auf Profit ausgerichtet sein #Pflege ist Menschlichkeit #individuelle Anpassung der Pflege an die Bedürfnisse der Patient*innen

Firma mit 32 Mitarbeiter*innen. Ihre Motivation und ihr Ehrgeiz sind hoch. Sie leistet viel und legt großen Wert auf Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit. Bereits bevor sie zur professionellen »Kümmernerin« wurde, hatte sie immer Menschen, um die sie sich gekümmert hat, egal ob das die eigene Oma oder die Nachbarin war.

*»Früher, bevor ich nach Reinickendorf gezogen bin, hatte ich immer eine Nachbarin, um die ich mich gekümmert habe. Wenn ich was gekocht oder Kuchen gebacken habe oder einkaufen war [...] Ich hatte immer eine, die ich unterstützt habe. Aber das ist vielleicht auch die Erziehung. Ich kenn' das nicht anders. In der Türkei ist das eben auch so. Als Kind hatte ich tatsächlich eine Oma, um die ich mich gekümmert habe. Ich war damals sieben, acht, neun. Ich bin zu ihr hingegangen, hab ihre Wäsche aufgehangen, so Sachen. [...] Das geht leider hier verloren. [...] Wenn das funktionieren würde, das wäre ja schon die halbe Miete, wenn jeder sich um die älteren Nachbar*innen kümmern würde.«*

DAS TEAM VON HERZ PLUS

Es gibt insgesamt 32 Mitarbeiter*innen, vier davon arbeiten im Büro, die anderen machen Hausbesuche. Auch Müttern wird ermöglicht, in Teilzeit von 8 bis 15 Uhr zu arbeiten. Neben den Pfleger*innen gibt es noch Mitarbeiter*innen, die ausschließlich hauswirtschaftliche Aufgaben (Einkaufen, Putzen etc.) übernehmen. Viele sind Quereinsteiger*innen, die nicht aus der Pflege kommen. Die Teamangehörigen identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit. Rahsan erzählt:

»Wir haben ein zuverlässiges Team. Sie fangen zum Beispiel um 7 Uhr an, kommen aber um 6 Uhr hierher, treffen sich noch mal, trinken einen Kaffee und tauschen sich untereinander aus, weil sie sich hier wohlfühlen!«

»Ich muss auch die Mitarbeiter täglich sehen, fragen, wie war die Tour? War alles in Ordnung? War was Besonderes, irgendeine Auffälligkeit? Die Übergabe muss regelmäßig stattfinden. Es ist immer was.«

»Natürlich sind wir ein Wirtschaftsunternehmen, aber Geld steht nicht im Vordergrund. Die Patienten stehen im Vordergrund und dass die Mitarbeiter zufrieden sind.«

**#Arbeit umverteilen #Quereinsteiger*innen eine Chance geben
#Arbeitszeitmodelle für verschiedene Bedürfnisse
#gegenseitige Nachbarschaftshilfe**

DIE BERLINER GEBDACHLOSENHILFE

SELBSTORGANISIERT
UND DIE
STRUKTURELLEN
PROBLEME
IM BLICK



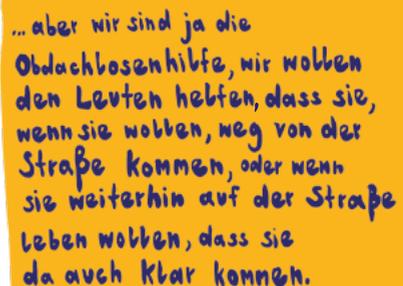
SELBSTORGANISIERT

»... aber wir sind ja die Obdachlosenhilfe, wir wollen den Leuten helfen, dass sie, wenn sie wollen, weg von der Straße kommen, oder wenn sie weiterhin auf der Straße leben wollen, dass sie auch klarkommen.«

Die Berliner Obdachlosenhilfe e.V. (BOH) gibt es seit 2007. Der Verein arbeitet ausschließlich spendenfinanziert. Seine Arbeit besteht darin, Lebensmittel irgendwo abzuholen, diese in ihren Wedding Räumlichkeiten zu verarbeiten und sie dann in verschiedene Bezirke Berlins zu fahren, um dort neben Essen auch Schlafsäcke, Kleidung, BVG-Tickets, Zelte, Hygieneprodukte und vieles mehr an Bedürftige zu verteilen. Die Touren finden an vier Tagen in der Woche statt, gehen häufig bis 22.30 Uhr und werden komplett ehrenamtlich organisiert und durchgeführt. Diejenigen, die davon profitieren, sind Wohnungslose und Menschen mit Wohnungen, bei denen das Geld knapp ist. Es gibt aber auch viele Aufgaben, die sich hinter den Kulissen abspielen wie Putzen, Waschen und die Organisation der gemeinsamen Arbeit, über die auch viel diskutiert wird. Denn auch das Kümmern um die Gruppe, das füreinander Sorgen ist sehr wichtig; es wird beispielsweise über unsichtbare Care-Aufgaben gesprochen. Und es gibt auch ein Awareness-Team, das für das allgemeine Wohlbefinden der Menschen in der Gemeinschaft sorgt. Das Angebot hat sich mit der Zeit erweitert: von akuter hin zu langfristiger Hilfe, was durch die Einstellung zweier Sozialarbeiter*innen und die Arbeit der Politik-AG ermöglicht wurde. Es ist dem Verein wichtig, auf strukturelle Probleme hinzuweisen, sie sichtbar zu machen und sich auch politisch zum Thema Obdachlosigkeit öffentlich zu äußern. Das tun sie durch Beiträge in den sozialen Medien oder durch die Beantwortung von Presseanfragen. Die Berliner Obdachlosenhilfe ist Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

KONFRONTATION MIT DEM HILFESYSTEM

Die hier Tätigen müssen ihre Belastungsgrenzen selbst im Blick haben, da es sich überwiegend um ein ehrenamtliches Engagement handelt. Die



... aber wir sind ja die Obdachlosenhilfe, wir wollen den Leuten helfen, dass sie, wenn sie wollen, weg von der Straße kommen, oder wenn sie weiterhin auf der Straße leben wollen, dass sie da auch klar kommen.

Touren, auf denen Essen und andere nützliche Dinge verteilt werden, sind kräftezehrend. Die Konfrontation mit Armut und dem mangelhaften Hilfesystem ist hart und bedeutet teilweise Kontakt mit verbaler und körperlicher Gewalt. Deswegen wird Menschen, die oft auf Tour gehen, eine externe Supervision angeboten. Allgemein besteht eine hohe Wertschätzung und Dankbarkeit aufseiten der Nutzer*innen der Dienste, besonders wenn Menschen erfahren, dass die Arbeit ehrenamtlich geleistet wird. Manchmal kommt es jedoch zu Unmutsäußerungen über die Versorgungsleistungen, die sich auch gegen die Helfer*innen richten können. Meistens hat das mit der Angst zu tun, dass nicht genug Essen für alle da ist.

RAUM IST DA, ABER KEINE ZEIT

Der Verein hat einen Mietvertrag mit einem genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen und hat deswegen keine Angst vor Verdrängung. Die Räumlichkeiten konnten sogar vom Verein in der Bauphase mitgestaltet werden. Sie werden mit zwei anderen Gruppen (»Hilfe auf Rädern« und »Küchenbande«) geteilt. Es gibt eine Küche, Duschen und eine Kleiderkammer, die für alle (Ehrenamtliche und Wohnungslose) als Treffpunkt zugänglich sind. Perspektivisch soll ein Café im Eingangsbereich entstehen. Der Platz dafür ist vorhanden, aber ähnlich wie bei politischer Arbeit gibt es gerade keine personellen Ressourcen, um diesen Plan in näherer Zukunft umzusetzen.

Care Arbeit ist für mich, sich darum zu sorgen, dass Strukturen geschaffen werden, damit sich alle wohlfühlen, alle irgendwie ihren Platz haben. Eine Grundlage, die wir brauchen, um andere Arbeit zu machen.

DIE KÜMMERENDE GEMEINSCHAFT

Im Verein der Berliner Obdachlosenhilfe sind regelmäßig zwischen 30 und 50 Ehrenamtliche aktiv. Der Verein hat zwei bezahlte Sozialarbeiter*innen und einen Buchhalter und wächst stetig. Viele fangen an mitzuarbeiten, weil sie gerade nach Berlin gezogen sind, ihr Studium beendet oder den Job gekündigt haben. Sie suchen nach Anschluss, wollen neue Leute kennenlernen und auch etwas Gutes tun. Manche haben

KÄMPFE UND FORDERUNGEN // #Grundeinkommen #Menschen nicht verwalten #mehr Akzeptanz für Wohnungslose in der Gesellschaft #mehr Dialoge zwischen Menschen mit und ohne Wohnung #Zugänglichkeit für

selbst persönliche Erfahrungen mit Obdachlosigkeit. Mit zwei von ihnen haben wir gesprochen.

Sabrina ist seit 2017 im Verein und momentan ein- bis zweimal in der Woche vor Ort. Sie begründet ihr Engagement stark mit dem Wunsch nach Gemeinschaft und damit, dabei noch etwas Gutes tun zu wollen. Sabrina kümmert sich viel um die internen Strukturen.

Tobi ist auch seit 2017 dabei. Er hat persönlich Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit gemacht. Was ihm an der Arbeit im Verein besonders gefällt, ist, dass er hier im Vergleich zu seiner Lohnarbeit im gleichen Bereich selbstbestimmt und unabhängig agieren kann. Er ist ein- bis dreimal in der Woche vor Ort.

»Care-Arbeit ist für mich, sich darum zu sorgen, dass Strukturen geschaffen werden, damit sich alle wohlfühlen, alle irgendwie ihren Platz haben. Eine Grundlage, die wir brauchen, um andere Arbeit zu machen.«

UNABHÄNGIGKEIT ZUM ANDERSMACHEN

Der Verein finanziert seine Aktivitäten ausschließlich mit Spenden. Diese Unabhängigkeit vom Staat ermöglicht es aus Sicht der Beteiligten, Dinge anders zu machen: fairer, mit eigenen moralischen Vorstellungen vereinbar und im Konsens. Gesellschaftliche Normen und Strukturen werden infrage gestellt, die häufig die Ursachen von Obdachlosigkeit sind, wie zum Beispiel der Wohnungsmarkt.

»Dass das Problem halt größer ist, dass das Problem nicht der Mensch ist, der auf der Straße sitzt, sondern dass das ganze System, was dahintersteckt, dass das irgendwie verkehrt ist und nicht in die richtige Richtung läuft.«

Doch nicht nur das. Der Verein hat die Erfahrung gemacht, dass staatliche Institutionen seine Arbeit sogar behindern. So werden Schlafsäcke von der Polizei konfisziert, weil Obdachlose nicht auf der Straße schlafen sollen. Und das ist kein Einzelfall. Oder es wird nach Genehmigungen gefragt, wenn Essen verteilt wird.

»Der Staat steht uns eher im Weg. Er sabotiert unsere Arbeit und schottet sich da ab, wo er kann.«

Helfende #mehr Verantwortungsbewusstsein für die Gruppe #Wohnungs-leerstand jetzt enteignen #Menschenrechte für alle umsetzen #Wohnungen statt Unterbringung #mehr Sozialarbeiter*innen und psychosoziale Beratung

CAFÉ LEO



DAS
ZWEITE
ZUHAUSE
AM
LEOPOLDPLATZ

CHRONOLOGIE EINES UMKÄMPFTEN ORTES

»Günstige Preise und Menschlichkeit – um die Menschen glücklich zu machen.«

2009: Betreiber Hüseyin Ünlü setzt sich dafür ein, dass etwas auf dem Leopoldplatz passiert.

Oktober 2011: Eröffnung des Café Leo. Zunächst gab es einen Cola-Dosen-Wagen, aufgestellt auf einer Grünfläche des Bezirks mit Sondernutzung.

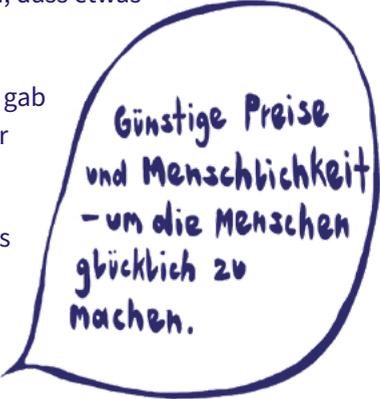
2016: Durch Interessenbekundungsverfahren des Bezirks bekommt er für vier Jahre eine Betreibergenehmigung

2017: Errichtung eines festen Cafés und Wiedereröffnung.

Seit 2021 umkämpft. Bei erneutem Interessenbekundungsverfahren erhält die Wendepunkt gGmbH den Zuschlag.

2021 bis 2022: Proteste gegen Betreiberwechsel.

August 2022: Abriss des alten Café Leo.



Günstige Preise
und Menschlichkeit
- um die Menschen
glücklich zu
machen.

GÜNSTIGE PREISE UND MENSCHLICHKEIT

Hier gab es Kaffee, billige Getränke und Essen, das Café Leo war aber vor allem ein sozialer Treffpunkt. Zusätzlich gab es Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen und beim Umgang mit Ämtern, darunter das Angebot, für wenig Geld benötigte Übersetzungen von persönlichen Dokumenten zu erhalten.

»Das Café Leo ist für viele ein Treffpunkt geworden, eine zweite Wohnung, ein zweites Zuhause von Nachbarn. Jeden Tag kommen sie hierher. Ohne das Café Leo können sie nicht weiterleben. Das ist schade.«

Hüseyin hat über den normalen Café-Betrieb hinaus Veranstaltungen organisiert, die die Menschen zusammengebracht und den Platz belebt haben. »Kulturelle Belebung«, wie es Hüseyin nennt. Demnach war es auch ein Ort der Integration und des kulturellen Austausches, der nach Hüseyin dazu beigetragen hat, gegenseitige Vorurteile gegenüber Migrant*innen abzubauen.

»Ich habe auch Iftar-Essen, Essen für ein Ramadanfest organisiert. 2012 bis 2017 haben wir das Fest organisiert. Mithilfe vom Café Leo und mit meiner Persönlichkeit. Ich habe unternommen, das zu organisieren. Wir haben verschiedene Nationalitäten, verschiedene Religion eingeladen. Ca. 1.000 Menschen haben teilgenommen. Wir haben Essen und Getränke organisiert, zusammen gefeiert! Das hat Pluspunkte gebracht. Da hat sich der Platz geändert, und ja, da hat man Mut gehabt, noch mehr organisieren zu können.«

DER KAMPF UM DAS CAFÉ LEO

Das alte Café Leo musste letztlich geschlossen werden, das Bezirksamt hat es trotz anderslautender Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung sowie 5.251 für seinen Erhalt gesammelten Unterschriften und anderer zivilgesellschaftlicher Unterstützung abreißen lassen. Und das alles, um an derselben Stelle einen ähnlichen Ort aufzubauen, aber nicht zusammen mit Hüseyin Ünlü, der diesen Ort erst zu dem gemacht hat, was er heute ist: bedürfnisorientiert und niedrigschwellig. Seine Arbeit erfährt nicht nur keine Wertschätzung von staatlicher Seite, sie wird dazu auch noch von anderen zum eigenen Vorteil ausgebeutet. Dieses Vorgehen ist undemokratisch und skandalös.

WELCHE ERINNERUNGEN HAST DU AN DAS CAFÉ LEO?

Hüseyin Ünlü lebt seit 30 Jahren im Kiez, von 2011 bis August 2022 betrieb er das Café Leo. Über die Jahre hat sich Hüseyin weit über seine Funktion als Café-Betreiber hinaus auf dem Leopoldplatz engagiert, auch aufgrund seiner ehrenamtlichen Arbeit als Stadtteilvertreter im

Kiez ist er sehr bekannt und gut vernetzt. Nachdem das Café Leo abgerissen wurde, will er erst einmal etwas anderes machen, zum Beispiel lange in den Urlaub fahren. Im Kiez wird er wohl dennoch aktiv bleiben.

»Mich machen lassen! Mich nicht behindern!«

»Die Politik sollte mir helfen und mich nicht behindern. Die Politik sollte den Platz nutzen, mit mir zusammen einen noch besseren Zustand herstellen, Sicherheit hierher bringen und natürlich auch die kulturelle Belebung finanzieren. Die Stadt hat diese Aufgabe. Ich bin nur Zivilgesellschaft. Ich kann nur bestimmte Sachen machen, aber ich kann was organisieren. Aber eine Person aus der Zivilgesellschaft allein geht nicht. Ich bin noch Mitglied beim Runden Tisch Leopoldplatz. [Zeigt auf das ehemalige Café Leo.] Das habe ich mit meiner Kraft aufgebaut, wenn ich diese Unterschriften nicht gesammelt hätte, würde die Politik gar nichts tun. Und ich bin auch Stadtteilvertreter von diesem Kiez. Ich bin seit zehn Jahren Mitglied und habe die Probleme hier auch dorthin weitergeleitet. Die haben uns auch geholfen. In dieser Gesellschaft: Wenn die Bürger nichts sagen, macht die Politik gar nichts.«



»Habe das alles ehrenamtlich gemacht. Das stört mich, dass das nicht wertgeschätzt wird.«

LIEBE, SCHNAPS & REVOLUTION

CAFÉ CRALLE



EIN QUEER-FEMINISTISCHES
KNEIPENKOLLEKTIV ¹⁸

FEMINISTISCH UND VERANKERT

»Das Café Cralle ist eine seit 1977 von einem queer-feministischen Kollektiv betriebene Kneipe in der Nähe des Leopoldplatzes in Berlin-Wedding, in der Menschen sich treffen, austauschen und vernetzen. Das Cralle ist ein Ort zum quatschen, diskutieren, Ideen schmieden, vernetzen, lesen, schweigen, zum Schnäpschen, Kaffee oder Saft trinken, für ernste, alberne, kluge, fröhliche, politische, persönliche Gespräche oder einfach zum rumhängen, zum Freund*innen treffen und finden. Im Café Cralle verkehren Weddinger Nachbarschaft, queere Gruppen, alteingesessene Stammgäst*innen, Kultur- und Diskussionstreffe, politische Initiativen, Flaneusen, Liebhaber*innen besonderer Getränke, verschiedene Communities und Eintagsfliegen.« (Selbstbeschreibung auf der Website des Kollektivs)

»Ganz viel im Laden wird – dadurch ist es auch ein Nachbarschaftsort – von den Gästen getragen, von denen einige schon seit Jahrzehnten kommen und einige seit Jahren, sodass es einfach so ein regelmäßiger Ort für die Leute ist, den sie dadurch mitgestalten und hierdurch auch als ihren Ort ansehen und deswegen Hilfe anbieten, wenn sie merken, es ist grad total der stressige Abend.«

Das Café Cralle ist außerdem ein Ort, an dem sich neben dem Kollektiv auch die Gäste vernetzen und gegenseitig unterstützen und wo sie wissen: Hier haben bestimmte linke oder feministische Themen Platz und es können Verbündete gefunden werden.

DIE SORGE FÜR WEN EIGENTLICH?

*»Es ist sorgsam oder sorgenvoll, wie wir miteinander umgehen – sei es jetzt mit den Gäst*innen oder untereinander. Gegenseitig auf sich zu achten und sich zu unterstützen oder zu beraten, beispielsweise wenn ein unangenehmer Typ übergriffig war.«*

Wer nicht arbeiten, sprechen oder lächeln möchte, muss das hinter dem Tresen des Café Cralle auch nicht. Mit sexistischen Stereotypen, wie dass Frauen immer freundlich und ein offenes Ohr für alle haben müssen, wird hier gebrochen. Der Servicegedanke, den mensch aus den meisten gastronomischen profitorientierten Einrichtungen kennt, wird hier bewusst infrage gestellt. Denn gezwungenes, unauthentisches Freundlichsein für Trinkgeld ist keinesfalls Sorgearbeit.

»Ich werde hier nicht bezahlt, um zu lächeln oder so. Ich schulde dir kein Lächeln.«

Gleichzeitig kann Trinkgeld neben dem Besuch von Stammgäst*innen und mündlich geäußelter Dankbarkeit (z.B. nach Veranstaltungen mit kooperierenden Gruppen) ein wichtiges Ausdrucksmittel von Wertschätzung sein.

Im Kollektiv ist klar:

»Hey, du musst dir das nicht anhören, du musst nicht nett sein. Wir schulden den Gäst*innen nichts und die müssen uns mit Respekt behandeln. Dass das total wichtig ist und dass diese Art von Sorgearbeit, die wir machen, halt eine andere Sorgearbeit ist und nicht diese: »Wir sind immer nett und lassen uns von irgendwelchen Typen irgendwelche Scheiße gefallen.«

Sorgearbeit kann eben auch bedeuten, sich abzugrenzen und sich selbst zu fragen: »Für wen trage ich Sorge?« Und inwiefern ist die Sorge um sich selbst vielleicht auch entscheidend und wichtig?!

EIN ZUFLUCHTSORT

... für Personen, die queer-feindliche, sexistische oder andere Diskriminierung auf der Straße erleben mussten.

»Einfach so ein feministischer, aber auch linker Ort, der da eine Position zu hat, das ist voll wichtig für die Leute, die hier hinkommen. Und wenn dann irgendwas passiert, zu wissen, dass sie zu uns kommen können und wir dann nachholen, was sie jetzt brauchen.«

»Aber vor dem Hintergrund, dass wir mangels Kapazitäten alleine am Tresen stehen und jetzt nicht an jedem Abend eine extra Schutzperson an der Tür haben, eine Awareness-Person und noch zwei Leute, die so mega aufmerksam am Tresen sind – geben wir zwar irgendwie unser Bestes, aber deswegen können wir natürlich auch nicht alles mitbekommen. Und genau – dass das einfach irgendwie auch so nicht erwartet werden kann.«

»Und was den Raum angeht: Den Raum zu schaffen, die Atmosphäre zu schaffen,



Ich werd hier nicht bezahlt, um zu lächeln oder so. Ich schulde dir kein Lächeln.

KÄMPFE UND FORDERUNGEN || #FLINTA* #unbefristete Gewerbemietverträge
#Zufluchtsort #Rechtsform für Kollektive ermöglichen #gegen Gentrifizierung

sich irgendwie zu überlegen, »Hey, wie reagieren wir, wenn wir bestimmte Dinge hören, wenn wir bestimmte Dinge beobachten, welche Gruppen haben wir denn dann drin, wer fühlt sich dann hier wie wohl?« Sich darüber Gedanken zu machen und darin auch aktiv zu werden, das ist voll viel Sorgearbeit.«

»Kneipen, in denen sich PoCs, Frauen und queere Personen wohlfühlen können, dass das eine Art von Sorgearbeit ist, das bereitzustellen, sozusagen als so eine Insel in 'nem Ding, wo sich um dich gekümmert wird, wenn du diese Position hast.«

ACHT »KOLLEKTIVISTAS«

Acht Personen, die ohne hierarchische Strukturen die Verantwortung für den Laden auf 16 Schultern verteilt autonom, aber auch gemeinsam tragen.

»Nicht alle stehen hinterm Tresen, aber es braucht alle acht Personen, damit dieser Laden läuft. Einige Tätigkeiten sind ein bisschen sichtbarer als andere im Hintergrund, so ein bisschen administrative Arbeit (wie Finanzen, Emails, Einkauf, Online-Werbung, Reparaturen, Kollektivarbeit, Veranstaltungen und Plena organisieren, mit anderen vernetzen), ohne die aber der Laden nicht laufen könnte. Und genau da sind halt die Tätigkeiten unterschiedlich verteilt, und man kann irgendwie trotzdem im Kollektiv sein, auch wenn man halt nicht so viel hinterm Tresen steht.«

STRUKTURELLES

Es gibt keine geeigneten Rechtsformen für Kollektive, wie das vom Café Cralle, obwohl das politisch umsetzbar wäre. Überhaupt geht die Situation mit unterschiedlichen Zwängen und Unsicherheiten einher: Befristete Gewerbemietverträge bedrohen die Arbeit von kleinen und kollektiv geführten Läden. Oft findet ein Austausch der Mieter*innen statt, entweder wegen steigender Mieten oder weil Vermietende eine bestimmte Vorstellung davon haben, wer die Gewerbefläche mieten soll. Das führt zu Gentrifizierung, also Verdrängung und Austausch bestehender Läden durch Geschäfte mit teureren Angeboten.

FRAUENLADEN



ZUSAMMENHALT
UND (GEGENSEITIGE)
UNTERSTÜTZUNG

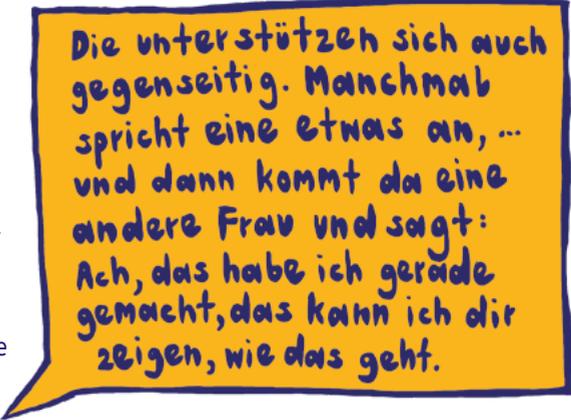
FRAUENGRUPPEN UND BERATUNG

Der Frauenladen existiert im Kiez seit November 1983, also seit 39 Jahren. Träger des Frauenladens ist ein bekannter, großer Wohlfahrtsverband, der aus der Arbeiter*innenbewegung entstanden ist und 1919 von Marie Juchacz gegründet wurde. Der Frauenladen bietet zum einen Sozialberatung, zum anderen Bildungs-, Gruppen- und Freizeitaktivitäten für Migrantinnen im Bezirk und berlinweit an.

Zielgruppe waren ursprünglich vor allem Frauen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Inzwischen ist der Frauenladen Anlaufstelle für Migrantinnen aus vielen verschiedenen Ländern. Beratung findet außer in Deutsch in Türkisch, Englisch, Bosnisch, Kroatisch und Serbisch statt.

Im Frauenladen gibt es einen wöchentlichen »Offenen Treff«, der hauptsächlich von türkischen Frauen wahrgenommen wird, hier trifft sich einmal in der Woche eine türkische Seniorengruppe und alle 14 Tage kommen Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien

zusammen. Es gibt aktuell zwei Malkurse und ein wechselndes Monatsprogramm. Dieses besteht aus Angeboten wie Ausflügen, Kino-, Theater- und Museumsbesuchen, Schwimmkursen, Kiezerkundungen und steht unter dem Motto »Integration«. Ebenso werden Smartphone-Kurse angeboten, um die Frauen zur Nutzung des Internets und zur Kontaktaufnahme mit Behörden und Einrichtungen per Mail zu befähigen, was sich vor allem während der Corona-Pandemie als wichtig herausgestellt hat.



Die unterstützen sich auch gegenseitig. Manchmal spricht eine etwas an, ... und dann kommt da eine andere Frau und sagt: Ach, das habe ich gerade gemacht, das kann ich dir zeigen, wie das geht.

»Die unterstützen sich auch gegenseitig. Manchmal spricht eine etwas an, [...] und dann kommt da eine andere Frau und sagt: Ach, das habe ich gerade gemacht, das kann ich dir zeigen, wie das geht.«

VERORTET UND VERNETZT

Der Frauenladen ist eine wichtige Anlaufstelle im Kiez und bietet den Frauen Stabilität und Sicherheit. Vernetzt ist die Einrichtung sowohl im Kiez als auch in anderen Bezirken, was sich auch an dem Zulauf von Frauen aus Spandau, Rudow, Lichtenrade, Neukölln, Kreuzberg oder Wilmersdorf zeigt. Oft nehmen die Frauen an unterschiedlichen Wochentagen in verschiedenen Bezirken an Gruppentreffen und Veranstaltungen teil und bringen dadurch auch immer wieder neue Frauen in den Frauenladen mit.

»Montags treffen sie sich hier, dann in Charlottenburg, dann in Mitte, glaube, donnerstags in der Mehringstraße, dann sind sie in Spandau.«

Die Seniorengruppe Dostluk trifft sich in der Zwischenzeit in der Begegnungsstätte in der Stralsunder Straße und im Winter 2021 wurde auch der »Offene Treff« der türkischen Frauen dorthin verlegt, da der dort zur Verfügung stehende Gruppenraum viel größer als der im Frauenladen ist und dadurch auch unter Corona-Auflagen größere Treffen möglich waren.

Vernetzt ist der Frauenladen mit anderen Einrichtungen, mit diversen Gremien wie dem »Beirat für Partizipation und Integration« in Mitte, dem Forum Berliner Migrant*innen und dem Arbeitskreis Frauen im Verband. Angestrebt wird die Vernetzung mit Familienzentren, um durch die Bereitstellung von Kinderbetreuung auch vermehrt jüngere Frauen anzusprechen und in die Einrichtung zu integrieren.

KÜMMERN AUF ZEIT

Das ist das Motto der Einrichtung, deren Ziel »Hilfe zur Selbsthilfe« und die Integration in die bestehende Gesellschaft ist. Dazu dienen die vielen Ausflüge, Exkursionen und Besuche von diversen Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Es gibt zwei feste Stellen im Frauenladen, die sich drei Mitarbeiterinnen teilen. Leider reicht die personelle Besetzung nicht aus, um die vielfältigen Ziele der Einrichtung zu verfolgen. Das führt zu Zusatzbelastungen der Teilzeitbeschäftigten. Viele Freizeitangebote wie zum Beispiel Ausflüge und »Offene Treffs« werden von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen

KÄMPFE UND FORDERUNGEN || #Angebote der Einrichtung an die Bedürfnisse und Wünsche der Besucherinnen anpassen #größerer Gruppenraum in der Nähe #technisches Wissen für alle, auch ältere Frauen

begleitet, ohne die das umfangreiche Programm des Frauenladens gar nicht möglich wäre. Sie sind unverzichtbare Akteurinnen und tragen zur erfolgreichen Arbeit der Einrichtung bei.

Auf die Frage nach der Trennung von Arbeit und Privatem antwortete eine der Mitarbeiterinnen:

»Naja, sagen wir so: Also, ich kann ganz gut abschalten. Wenn ich hier rausgehe, dann ist für mich die Arbeit erledigt. Es ist sehr selten, dass ich das mitnehme. [...] Das ist für mich der Vorteil, dass ich es gelernt habe, gut abzuschalten.«

»... das ist ein Teil der Identität, dass man sich immer um andere kümmert – also bei mir jedenfalls.«

SICH ÜBERFLÜSSIG MACHEN...

Die Sorgearbeiterinnen des Frauenladens erzählen, dass die Frauen, die ihre Angebote nutzen, viel Zeit haben, sich dort aufzuhalten. Sie berichten, dass wer »integriert« ist, also zum Beispiel Arbeit hat, die Angebote des Frauenladens nicht mehr so dringend benötigt, und sich Gruppen dann oft auflösen. So war es zum Beispiel beim »Afrikanischen Frauentreff«, dessen ehemalige Teilnehmerinnen sich nun alle in Arbeit oder Ausbildung befinden. So kommt es auch, dass die »Offenen Treffs« und auch andere Freizeitangebote überwiegend von älteren Frauen genutzt werden, die zum Teil schon in Rente sind und Zeit für solche Aktivitäten haben. Der Frauenladen bietet ihnen die Gelegenheit, der Einsamkeit zu Hause zu entkommen und etwas für ihre körperliche und geistige Fitness zu tun.

KULTUREN IM KIEZ E.V



BERATUNG,
INTERKULTURELLER
AUSTAUSCH UND
GEMEINSAME FESTE

LANGFRISTIGE BEGLEITUNG VON KINDERN UND FAMILIEN IM KIEZ

Der Verein Kulturen im Kiez e.V. wurde 2007 gegründet. In der Reinickendorfer Straße 105 wurden Bildungsangebote wie Deutsch- und Alphabetisierungskurse für Frauen mit Migrationsgeschichte angeboten.

Seit 2013 gibt es die Räumlichkeiten in der Utrechter Straße am Utrechter Platz. Hier gibt es unter anderem:

- ◆ Beratung und Begleitung für zugewanderte Familien aus Südosteuropa, unter anderem in den Sprachen Romanes, Rumänisch und Serbokroatisch;
- ◆ eine Mädchengruppe: die 34er Görls;
- ◆ eine Jungsgruppe auf dem Utrechter Platz;
- ◆ Sprachkurse, die über die Volkshochschule organisiert werden;
- ◆ weitere wechselnde Projekte.

Aus Kulturen im Kiez sind viele Vorhaben und Projekte entstanden wie zum Beispiel die Weddingier Kiezmütter, die Kulturmittler*innen in Willkommensklassen, Deutsch- und Alphabetisierungskurse mit der Volkshochschule Mitte, Willkommen in Berlin – Beratung für Zuwandererfamilien aus Südosteuropa, der Jugendladen Max14 sowie das Jugendbeteiligungsprojekt Blickpunkt Jugend und Grundbildung für junge Erwachsene.

AN WEN RICHTET SICH DAS ANGEBOT VON KULTUREN IM KIEZ?

Beraten und begleitet werden vor allem zugewanderte Familien aus Südosteuropa in den Sprachen Romanes, Rumänisch, Serbokroatisch, Bulgarisch und Russisch. Aus dem Projekt Zurale Phenja entwickelte sich die Mädchengruppe 34er Görls mit einem eigenen Mädchenladen. Die Mädchen kommen aus der unmittelbaren Umgebung und die Gruppe wächst gerade sehr dynamisch. Es sind um die 20 Mädchen, die zu den 34er Görls gehören.

Nachdem sich die Mädchenarbeit etabliert hatte, forderte auch eine Jungsgruppe ein Angebot ein. Die Arbeit mit den Jungen vom Utrechter Platz findet im Moment im Rahmen des Projekts MAXPLATZ für sogenannte Lückekinder zwischen 12 und 15 Jahren statt.

WAS WAR ... ERINNERUNGEN AN ZEITEN IN DER MAXSTRASSE

Von 2008 bis 2015 unterhielt der Verein Kulturen im Kiez in der Maxstraße einen Nachbarschaftsladen, dann wurde ihnen gekündigt. Es waren unsanierte Räumlichkeiten für eine Monatsmiete von etwa 460 Euro. Die Kündigung überraschte sie nicht.

»Es war klar, dass das irgendwann mal aus ist, aber das hat zur richtigen Zeit aufgehört. Und das war eigentlich nicht schlimm, weil man hätte es dann richtig entwickeln müssen [...], das wollte ich auch nicht. Das hat seine Zeit gehabt und dann ist es wieder verschwunden.«

In der Erinnerung ist der Laden noch sehr präsent, sodass *»selbst die Kinder davon wissen, die damals noch nicht geboren waren.«*

WELCHE ERINNERUNGEN HAST DU AN DAMALS?

WER SICH KÜMMERT

Gottfried ist 2008 zu Kulturen im Kiez gekommen. Er ist seit 2015 geschäftsführender Vorstand und hier der »Chefu« von zehn Mitarbeiter*innen, wie es auf Romanes heißt. Er ist verantwortlich für Konzeption und Mittelbeschaffung und alles, was sonst so anfällt. Nicht selten sieht man ihn in Gesprächen mit Menschen aus der Nachbarschaft.

Es gibt feste Stellen für die Sozialberatung, die Begleitung und Sprachmittlung, die Koordination und Buchhaltung sowie pädagogische Fachkräfte. Seit anderthalb Jahren arbeitet bei Kulturen im Kiez auch ein Kulturassistent, Orest, dessen Stelle über das solidarische Grundeinkommen finanziert wird.

»Ich kenne die Jugendlichen jetzt seit ungefähr 2008, und die kommen immer noch her und sprechen mit mir.«



KÄMPFE UND FORDERUNGEN || #Kontinuität der Finanzierung
#mehr informelle Räumlichkeiten #Vertrauensvorschuss durch die Politik

ABWESENHEIT VON WERTSCHÄTZUNG UND FINANZIELLE UNSICHERHEIT

Was im Wedding alles passiert sowie die besondere Konstellation und »Integrationskraft« des Wedding wird nach Einschätzung der Gesprächspartner*innen von der Bezirks- und Stadtverwaltung zu wenig gesehen und wertgeschätzt. Die fehlende Wertschätzung äußert sich auch darin, dass die Stadt zu wenig Räume zur Verfügung stellt bzw. immer mehr erschwingliche Räume verschwinden würden.

Durch die Projektförderung entstehen Finanzierungslücken, gleichzeitig können und dürfen von gemeinnützigen Initiativen keine Rücklagen gebildet werden. Die Ungewissheit, die mit der Projektförderung einhergeht, erschwert es auch, einen Zwischenfinanzierungskredit zu beantragen. Gleichzeitig besteht eine Verantwortung für die Menschen, um die sich gekümmert wird:

»Wir können ja nicht dichtmachen oder irgendwie zwischenvermieten oder einfach mal gucken. Ich meine, was machen wir dann mit den Leuten, die zu uns kommen? Wir haben ja eine Funktion, nicht nur für Roma in Mitte, sondern aus ganz Berlin. Drei Monate [Unterbrechung wegen fehlender Finanzierung] sind da viel Zeit. Da verliert man ganz viel, da geht dann wieder viel kaputt.«

Das sind ganz andere Arten des Zusammenlebens, die hier sind im Wedding.

»Das sind ganz andere Arten des Zusammenlebens, die hier sind im Wedding.«

VON DER BESTANDS- AUFNAHME ÜBER SORGEZENTREN ZUR »SORGENDEN STADT«

Da im Alltag wohnortnahe Sorgeinfrastrukturen und kurze Sorgewegekette benötigt werden, bietet das Wohnviertel als räumliche Einheit ein großes Potenzial, Unterstützungsstrukturen aufzubauen, die zentraler Bestandteil einer »Sorgenden Stadt« sind. Dafür ist es essenziell, die nachbarschaftlichen Sorgestrukturen zu verstehen und zu analysieren, welche Rahmenbedingungen und Strukturen von denjenigen benötigt werden, die Sorgearbeit leisten. Wie sich dem angenähert werden kann, zeigt das explorative Mapping am Beispiel des Leopoldplatzes in Berlin-Wedding. Im Rahmen des Projekts wurden verschiedene »Sorgende Institutionen« kartiert und Interviews geführt mit dem Ziel, die Sichtbarkeit der Sorgearbeit zu erhöhen, die Rahmenbedingungen institutionalisierter Care-Arbeit zu beleuchten und daraus politische Forderungen abzuleiten. Das Projekt ist damit ein Versuch einer partizipativen Bestandsaufnahme von unten.

Am Beispiel der »Sorgenden Institutionen« am Leopoldplatz werden zentrale Bedingungen der Sorgearbeit ersichtlich. Zusammenfassend kann

gesagt werden, dass all diese Orte eine Gemeinsamkeit haben: Es fehlt an Räumen, Zeit und Finanzierung. Hieran zeigt sich, dass auch institutionalisierte Sorgearbeit geprägt ist von Prozessen der Neoliberalisierung, die zu prekären Arbeitsverhältnissen führt und eine auf Effizienz und Profit ausgerichtete Arbeitsorganisation fördert. Oft reichen die finanziellen Mittel nur für Teilzeitstellen, trotzdem arbeiten viele Vollzeit. Projektförderungen erfolgen in der Regel nur für kurze Zeit, was für die Sorgearbeitenden ungewisse Zukunftsaussichten und zusätzliche, unbezahlte Arbeit bedeutet. Letzteres dient oft dazu, den eigenen Ansprüchen an Sorgetätigkeiten gerecht zu werden, und erhält zugleich das jetzige System aufrecht. Zudem sind »Sorgende Institutionen« akut von Gentrifizierung und Verdrängung betroffen. Zwei der im Wedding interviewten Institutionen sind im letzten Jahr aus dem Kiez verdrängt worden – aus einem Kiez, in dem sie seit mehr als zehn Jahren verankert und in der Nachbarschaft bekannt waren. Von gesellschaftlicher oder finanzieller Wertschätzung der institutionell geleisteten Sorgearbeit kann hier also nicht gesprochen werden. Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass Sorgearbeit zu großen Teilen auf Projektarbeit basiert, bei der Zeit für (politische) Netzwerkarbeit nicht vorgesehen ist, Projektförderungen aber wiederum auch auf Netzwerken, Kontak-

ten und politischen Momenten basieren. In der Konsequenz bedeutet das, sich um weitere Finanzierungen oder bessere Arbeitsbedingungen kümmern zu müssen, was häufig mit der Abwägung verbunden ist, für eine Person weniger da sein zu können, zehn Portionen Essen weniger zu verteilen oder eine*n Patient*in weniger pflegen zu können.

Daher sagen wir: Wir wollen weg von der patriarchalen, heteronormativen, ausbeuterischen und rassistischen Stadt hin zur »Sorgenden Nachbarschaft« und zu »Sorgenden Städten«. Die Antwort auf die multiplen Krisen der kapitalistischen Stadt muss eine feministische, eine »Sorgende Stadt« sein, in der nicht länger Produktion und Profite, sondern reproduktive Tätigkeiten und die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.

AUSBlick: PRAKTISCHE SCHRITTE

Ein Mapping von Sorgestrukturen, wie es vom Kollektiv Raumstation am Beispiel des Leopoldkieses vorgestellt wurde, dient nicht nur dazu, den Ist-Zustand zu ermitteln: also die bestehenden Angebote, Infrastrukturen, Potenziale und Lücken. Es ist ebenso ein Instrument, um mit den Nachbar*innen ins Gespräch zu kommen – und zwar sowohl mit den Anwohner*innen, die zu Hause Sorgearbeit verrichten und auf gute Care-Angebote im Umkreis angewiesen sind, als auch mit all jenen, die im Stadtviertel als berufliche oder ehrenamtliche Sorgearbeiter*innen tätig sind. In diesen Gesprächen geht es nicht zuletzt darum, Bedürfnisse überhaupt offensiv zu artikulieren und dazu einzuladen, gemeinsam für deren Befriedigung einzutreten. Dabei über notwendige Veränderungen und Einstiegsprojekte zu sprechen, ist nicht nur bedeutsam, weil »die Politik« seit Jahren Verbesserungen blockiert, sondern auch, weil es für viele von uns an-

gesichts der zahlreichen Krisen, die sich in ganz konkretem Alltagsstress ausdrücken, selbst kaum mehr denkbar scheint, ein gutes Leben für alle überhaupt zu fordern. Es geht also auch darum, wieder konkrete Utopien zu entwickeln, Vorstellungsräume zu öffnen und Forderungen zu formulieren, für die es sich dann streiten lässt. Das gelingt am besten, wenn sich Projekte mit Umsetzungsperspektive entwerfen lassen, die uns heute Mut geben und Zuversicht in das, was wir gemeinsam erreichen können. Aber auch die Projekte selbst müssen mutig sein, insofern sie das, was wir als »realistisch« betrachten, immer weiter aufspannen.

Im zweiten Kapitel haben wir ausführlich über die spanischen Initiativen berichtet. Aber auch in vielen anderen Ländern gibt es Sorgezentren: in Bogota (Kolumbien) heißen sie Manzanas de Cuidado, in Santiago de Chile heißen sie Casa de Igualdad und in Mexiko-Stadt tragen sie den tollen Namen Utópias. Überall verwirklichen sie die Idee einer lokalen Sorgeinfrastruktur, die nicht

AUF DEM WEG ZU EINER »SORGENDEN STADT«

nur Ver-Sorgung ist, sondern Ansprüche an ein gutes Leben stellt, für das veränderte Sorgebeziehungen zentral sind. Dabei geht es um Sorgebeziehungen und -konstellationen, die nicht paternalistisch sind, nicht bevormundend und »von oben herab« wirken oder im schlimmsten Fall sogar als gewaltvoll erlebt werden, sondern um solche, in denen wir uns gegenseitig stärken und für eine Zukunft eintreten, die von und für Menschen gedacht wird, und nicht für Profite und Konzerne.

Erste Schritte können ein Mapping und Diskussionen über dessen Ergebnisse sein. Inzwischen finden sich auch an etlichen Orten im deutschsprachigen Raum Menschen zusammen und überlegen, wie eine »Sorgende Kommune« aussehen könnte und wie sich ein entsprechender Umbau von Strukturen in ihrer Stadt konkret und praktisch umsetzen ließe.

SORGE INS PARK-CENTER

Eine diese Initiativen wollen wir am Ende noch kurz vorstellen. Es ist die Kampagne »Sorge ins ParkCenter« aus Berlin-Treptow. Dort hat sich ein kleines Bündnis aus ganz unterschiedlichen Akteur*innen auf den Weg in Richtung »Sorgender Stadt« gemacht. Es sind Feminst*innen, kritische Stadtplaner*innen und Architekt*innen, Aktive aus der Partei Die Linke sowie aus der Stadt- und Klimabewegung, es sind Sorge- oder Gesundheitsarbeiter*innen, gewählte Vertreter*innen lokaler Parlamente und Anwohner*innen.

Die Idee ist folgende: In Anlehnung an die Vila Veïnas in Barcelona (S. 34) soll in einem leer stehenden Einkaufszentrum ein lokales Sorgezentrum entstehen. Es geht darum, bestehende Sorgeinfrastrukturen miteinander zu vernetzen und für noch ungedeckte Bedarfe Angebote zu schaffen sowie Raum für ganz Neues zu eröffnen. Alltagswege sollen radikal verkürzt werden und es soll außerdem ein Ort entstehen, an dem sich Nachbar*innen

begegnen können. Wie in Barcelona geht es schließlich darum, eine Koordinationsstelle für ein breit gespanntes soziales Netzwerk in der Nachbarschaft aufzubauen.

In diesem Sorgezentrum könnte vieles untergebracht werden: Es kann eine Gemeinschaftsküche beherbergen, eine Bücherei, es kann Kinderbetreuung anbieten sowie Beratung für verschiedene Lebenslagen und Probleme (wie Miete, Aufenthaltsstatus oder Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt) oder die Vernetzung von Sorgearbeitenden ermöglichen. Es könnten sich dort pflegende Angehörige treffen oder auch Essenslieferant*innen, die sich organisieren wollen. Es kann eine Repair-Station enthalten, einen kostenfreien Indoor-Spielplatz oder ein Café, wo sich auch Mitgebrachtes essen und trinken lässt. Für die Anwohner*innen des Park-Centers in Treptow ist es außerdem wichtig, dass die Nahversorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs wiederhergestellt wird, denn die ist für viele prekär, seit der Supermarkt und andere Läden dort dichtgemacht haben.

Wenn verschiedene Angebote unter einem Dach versammelt werden, entsteht auch die Möglichkeit, dass Sorgetragende zu Sorgenehmenden werden: etwa, wenn eine pflegende Angehörige weiß, dass ihre Mutter in der Tagespflege gut aufgehoben ist und nebenan zur Physiotherapie, zur

Beratung oder in die Sauna gehen kann. Was vor Ort wirklich gebraucht wird, wissen nur diejenigen, die dort leben. Die Kampagne will deshalb gemeinsam mit Anwohner*innen, lokalen Initiativen, Sorgeinstitutionen und anderen Expert*innen verschiedene Zugänge zum Thema finden, um die Bedarfe und Bedürfnisse im Kiez besser zu verstehen und um mit angemessenen Ideen und Projekten auf diese einzugehen und über kollektive Lösungen Menschen zu entlasten.

SHOPPINGMALLS ZU SORGEZENTREN

Aber die Kampagne stellt nicht nur eine neue und andere Organisation von Sorgearbeit zur Debatte, sondern tut dies in direkter Konfrontation zur kapitalistischen Stadt, die immer größere Teile des urbanen Raums bestimmt. Das überwiegend leer stehende Park-Center soll nämlich teilabgerissen und mit Neubauten für Büros ersetzt werden. Das wäre nicht nur ein ökologisch folgenschwerer Fehler, sondern auch ein sozialer. Wir brauchen in der Innenstadt keine neuen Büros und teuren Restaurants, sondern bezahlbare Wohnungen, eine wohnortnahe Versorgung und nachbarschaftliche Treffpunkte. Deshalb soll das Sorgezentrum in einer ehemaligen Shoppingmall entstehen: Es gilt, die Logik der kapitalistischen Land-

nahme auch symbolisch umzukehren. Während wir die Broschüre fertigstellen, sind die Zeitungen voll mit Berichten über die Pleite des Signa-Konzerns, dessen Gründer, ehemaliger CEO und Beiratsvorsitzender René Benko sich seit Jahrzehnten dadurch bereichert, dass er immer weitere innerstädtische Filetstücke – zu denen Kaufhäuser meist gehören – aufkauft, die Immobilien dann spekulativ überbewertet und die Gewerbe teils insolvent gehen lässt. Dieses Geschäftsmodell ist keinesfalls auf Berlin beschränkt und es hat angesichts der gestiegenen Kreditzinsen keine Zukunft mehr. Shoppingcenter als zentrale Orte des Konsums sind weltweit – und verstärkt seit der Covid-19 Pandemie – ökonomisch unter Druck geraten und viele bereits von Leerstand betroffen. Es gibt sie in jeder Stadt, sie liegen meist nah an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs und bieten sehr viel Raum. Auch in kleineren Städten stehen Warenhäuser vor der Pleite. Um diese Orte gilt es zu kämpfen. Es sind große Flächen, die für die Stadtbevölkerung zurückgewonnen werden können, statt sie zum Futter von Immobilienkonzernen zu machen. In diesem Sinne streitet die Kampagne dafür, das Park-Center zu erhalten und mit Angeboten zu füllen, die tatsächlich den Bedürfnissen der Anwohner*innen entsprechen.

STARKE ALLIANZEN FÜR EINE SORGENDE NACHBARSCHAFT

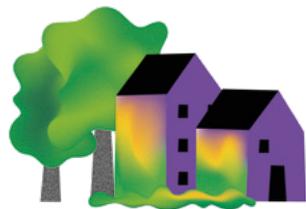
Es soll aber nicht nur für diesen Ort eine Lösung gefunden werden, sondern eine, die auch für die vielen anderen leer stehenden Malls in Berlin (und darüber hinaus) eine gemeinwohlorientierte Zukunftsperspektive bieten könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es tragfähige Allianzen aus Aktivist*innen und Nachbarschaftsinitiativen, aber es braucht auch Verbündete in den Institutionen. In Treptow wird deshalb nicht nur der Kontakt mit bereits ansässigen Beratungsstellen gesucht sowie mit langjährigen Aktiven der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Zusammenschlüssen pflegender Angehöriger und Senior*innenvertretungen, sondern auch mit inhaber*innengeführten Läden, Beschäftigten des lokalen Altenheims oder der Kita und – ganz wichtig – mit Vertreter*innen der Bezirksverordnetenversammlung, der direkt gewählten Abgeordneten im Berliner Landesparlament, mit Stadträt*innen und vielen anderen. Nach ersten Fachgesprächen zu Notlagen und Unterversorgung im Kiez werden nun Haustürgespräche geführt und Beschäftigte in bestehenden Sorgestrukturen angesprochen.

Wie sich die Kampagne weiterentwickelt, lässt sich hier verfolgen:

<http://www.sorgezentren.de> und hier:

<https://instagram.com/sorgeinsparkcenter>.

Die Kampagne kann ein konkretes Beispiel sein, das inspiriert und Mut macht, ein, zwei, viele Shoppingmalls in Sorgezentren umzuwandeln. Denn die Antwort auf die multiplen Krisen der kapitalistischen Stadt muss eine feministische, eine »Sorgende Stadt« sein, in der nicht länger Produktion und Profite, sondern reproduktive Tätigkeiten und die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Das politische Gelegenheitsfenster ist derzeit günstig. Und Initiativen, die eine solche feministisch-sozialistische Klassenpolitik praktisch werden lassen, sind unter den gegebenen Bedingungen immer auch ein Beitrag gegen die autoritäre Kulturkampfpolitik der Rechten.



Jede linke Strategie braucht drei Elemente: eine Analyse und Kritik der Gegenwart, die klare Vision einer besseren Zukunft und konkrete Angebote, um von einem zum anderen zu kommen. Das Konzept »Sorgender Städte« leistet genau das. Es gibt Impulse für einen eingreifenden Feminismus auf der lokalen Ebene und darüber hinaus.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**